

# Der BUND in Nordrhein-Westfalen



## Jahresbericht 2014



## Vorwort

### Natur- und Umweltschutz in NRW.

Energiewende retten	4
Vielfalt erhalten	11
Lebendige Gewässer	17
Für Land und Leute	19
Umweltstandards sichern	23
Verkehrspolitik umsteuern	25
Bildung im und durch den BUND	27

### Unabhängig. Politisch und finanziell.

Mitmachverband BUND	29
Unabhängig. Auch finanziell	30
Gesichter: Das BUND-Team 2014	32
Impressum	35

## Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde,

Ich freue mich, Ihnen hiermit unseren bun(d)ten Rückblick auf das Jahr 2014 präsentieren zu dürfen. Er spiegelt in beeindruckender Weise wider, wie vielseitig und erfolgreich der BUND auf Landesebene sowie mit seinen Arbeitskreisen, Orts-, Kreis- und Regionalgruppen unterwegs ist. Ob Energiewende, Klimaschutz, tiergerechte Landwirtschaft, der Schutz unserer biologischen Vielfalt oder die Umweltbildung – der BUND ist Motor, wenn es darum geht, unser Land Stück um Stück lebenswerter zu gestalten.

Seit 30 Jahren treten wir nunmehr dafür ein, den durch den Braunkohleabbau verursachten Verbrauch ganzer Landschaften, die klimaschädlichen Emissionen und die Zwangsumsiedlung tausender Menschen zu stoppen. Im vergangenen Jahr erreichten wir dabei wieder Etappenziele.

So hat die Landesregierung im März 2014 mit Garzweiler II einen Tagebau verkleinert – ein Novum in der Bergbaugeschichte Deutschlands. Unsere Verfassungsbeschwerde und der Richterspruch hierzu im Jahr zuvor, durch welche die Anforderungen an zukünftige Abbauvorhaben deutlich erhöht worden waren, spielten dabei sicher eine Rolle. Auch die Demo „Energiewende retten“ eine Woche vor der Regierungsentscheidung, mit welcher wir gemeinsam mit Partnerorganisationen 5.000 Menschen in Düsseldorf versammeln konnten, setzte einen Impuls für den Einstieg in den Ausstieg aus der Braunkohle. Bis zu dem von uns geforderten Kohleausstieg bis 2030, auf den wir allein schon wegen der verbindlichen Klimaschutzziele angewiesen sind, ist es allerdings noch ein langer Weg. Wir haben aber bereits bewiesen, dass wir den langen Atem hierfür haben.

Die Biodiversitätsstrategie für NRW, die wir seit Jahren gefordert hatten, liegt nun endlich vor. Leider ist sie, unserer Beteiligung zum Trotz, an vielen Stellen bescheiden ausgefallen. Um aber die Aufgabe zu meistern, den Schwund der biologischen Vielfalt zu stoppen, bedarf es eines Rucks in der Gesellschaft. Land- und Forstwirtschaft dürfen nicht ausgenommen, sondern müssen endlich beim Wort genommen werden. Wir brauchen keine Sonntagsreden mehr, sondern ambitionierte Ziele und mutiges Vorgehen. Diese fordern wir nun umso stärker ein, wenn es darum geht, die Strategie mit den angekündigten Novellen von Landesnaturschutz-, Landeswasser- und Landeswaldgesetz mit Leben zu füllen.



*Holger Sticht, BUND-Landesvorsitzender*

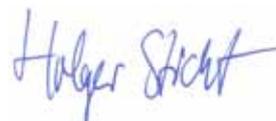
Foto: St. Höft

Wie man die Biodiversität bewahrt, macht der BUND überall im Land vor: durch BUNDgruppen betreute Wälder, Wiesen und Gewässer sind artenreiche Kleinode, in welchen jedem Besucher sofort klar wird, warum NRW seine natürliche Vielfalt bewahren muss. Und sie zeigen, dass das Ehrenamt eine Schlüsselrolle beim Schutz der Biodiversität einnimmt: ob Bauer, Waldbesitzer, Kleingärtner oder Nachbar, in dem Mitmachverband BUND kann jede(r) dabei sein. Sie zeigen, dass Naturschutz kein teurer Luxus, sondern eine Freude machende Querschnittsaufgabe ist, die jede Menge Erfolgserlebnisse bietet.

Dabei ist unsere Unabhängigkeit von Politik und Wirtschaft eine wichtige Voraussetzung. Unsere finanzielle Basis sind die Mitgliedsbeiträge, auf institutionelle Förderung und zweifelhafte Spenden verzichten wir. Wir setzen bewusst auf die Menschen, die gerne Teil der guten Sache sind.

Ich danke allen Mitgliedern, Spendern und Mitarbeitern! Sie alle haben dafür gesorgt, dass dieser Jahresbericht wieder eine Erfolgsbilanz geworden ist.

Herzlichst, Ihr



# Energiewende retten

## Sonne und Wind statt Fracking, Kohle und Atom

Die Energie- und Klimaschutzpolitik erfordert einen langen Atem. Seit vielen Jahren „beackert“ der BUND nun schon dieses zentrale Politikfeld, und die Erfolge stellen sich zunehmend ein. Wir haben ein Landesklimaschutzgesetz initiiert, der Klimaschutzplan wurde auf den Weg gebracht, landauf landab werden kommunale Klimaschutzkonzepte erarbeitet. Auch unsere Klagen gegen Kraftwerke und Tagebaue sind erfolgreich. Doch je besser die Energiewende von unten voran schreitet, desto größer werden auch die Widerstände. Nordrhein-Westfalen ist noch immer vor allem eines – Kohleland. Auch der Ausbau der erneuerbaren Energien sorgt mitunter für Konflikte. Hier ist der BUND gefordert: Wir kämpfen für ein Ende der Kohleverstromung, wir setzen uns für den naturverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien ein, wir zeigen, wie eine zukunftsfähige Energiepolitik funktioniert.



5.000 Menschen demonstrierten am 22. März 2014 in Düsseldorf gegen das Ausbremsen der Energiewende.

Foto: M. Böhme

### Energiewende-Demo in Düsseldorf

Gemeinsam mit starken Partnerorganisationen hatte der BUND für den 22. März zur „Energiewende retten!“-Demo nach Düsseldorf geladen. 5.000 Klimaschützer\*innen folgten unserem Aufruf und demonstrierten unter dem Motto „Sonne und Wind statt Fracking, Kohle und Atom!“ gegen das Ausbremsen der Energiewende. Hintergrund der Demo waren die Pläne der Bundesregierung zur Novellierung des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG). Der BUND forderte auch die NRW-Landesregierung auf, sich in Berlin gegen Obergrenzen für den Ausbau erneuerbare Energien und gegen Privilegien für klimaschädliche Kohlekraftwerke

einzusetzen. Im Rahmen einer Landespressekonferenz und einer Landtagsanhörung wurden weitere Sachargumente vorgetragen. Ein durchschlagender Erfolg blieb leider aus. Zwar wurde Schlimmeres verhindert, letztendlich brachte die Bundesregierung aber die EEG-Novelle auf den Weg. Damit wird es auch für NRW zunehmend schwerer, die Ausbauziele für erneuerbare Energien zu erreichen.

➔ [www.bund-nrw.de/energiewendedemo](http://www.bund-nrw.de/energiewendedemo)

### Garzweiler wird verkleinert

Ende 2013 setzte sich der BUND mit seiner Verfassungsbeschwerde gegen die Zwangsenteignung der Obstwiese im Garzweiler-Tagebau durch. Ein großer Erfolg, der die Hürden für zukünftige Grundabtretungen deutlich erhöhte. Sicher auch als Reaktion darauf verkündete die Landesregierung am 28. März 2014, den Braunkohletagebau Garzweiler verkleinern zu wollen.

Diese Entscheidung ist ein großer Fortschritt. Erstmals in der bundesdeutschen Bergbaugeschichte wurde ein genehmigter Tagebau nachträglich verkleinert. 1.360 Menschen in Holzweiler und Umgebung bleibt das schwere Schicksal einer Zwangsumsiedlung erspart.

Doch ist das der Einstieg in den Ausstieg aus der Braunkohle? Hat die Landesregierung endlich erkannt, dass die Klimaschutzziele nur ohne Braunkohle erreicht werden können?

Wohl kaum. Bei allem Lob für die Entscheidung wurde leicht übersehen, dass Rot-Grün gleichzeitig die Umsiedlung von mehr als 1.600 Menschen in Keyenberg und dessen Nachbarorten beschlossen hatte. Erst für die Zeit nach 2030 soll eine neue Leitentscheidung die Rolle der Braunkohle im zukünftigen Energiemix definieren.

Aber eine erste zarte Abkehr von der Kohlevorrangpolitik ist erfolgt. Bleibt zu hoffen, dass die SPD endlich ihren ideologischen Ballast abwirft und sich ohne Wenn und Aber zu einer zukunftsfähigen Energiepolitik ohne Braunkohle bekennt. Daran werden wir die Landesregierung auch weiter erinnern.

➔ [www.bund-nrw.de/garzweiler](http://www.bund-nrw.de/garzweiler)

## Zukunft statt Braunkohle

Seit nunmehr über 30 Jahren kämpft der BUND gegen das Wahnsinnsprojekt Garzweiler II. Zeit also, eine (Zwischen)Bilanz zu ziehen. Dirk Jansen und Dorothea Schubert haben dies getan und eine 192 Seiten starke Dokumentation vorgelegt.

Die Schrift bereitet nicht nur die Geschichte des Widerstands gegen den Braunkohlentagebau Garzweiler II akribisch auf, sie liefert auch sämtliches Basiswissen beispielsweise zur Geologie und zur Bergbaugeschichte dieser Region. Und sie dokumentiert, über welche politischen Irrwege und Trampelpfade dieser Tagebau entstanden ist. Denn Garzweiler II taugt wie kein anderes Vorhaben auch als Lehrstück dafür, wie ein Konzern im Verbund mit der Politik ein Projekt gegen Mensch und Umwelt durchdrückt. Es ist damit auch ein Lehrstück über enttäuschte Hoffnungen, die Korrumpierung von Politik und die Schwierigkeiten des politischen Kompromisses.

Der BUND-Bundesvorsitzende Hubert Weiger beglückwünschte das Autorenteam zu diesem „beeindruckenden Zeitzeugnis Eurer konsequenten Antikohlearbeit und Eures Mutes.“ Diese „Herkulesarbeit“ sei historisch für den gesamten Verband wichtig. Noch hat die lange Geschichte von Garzweiler II kein wirkliches Happy End. Es bleibt also noch viel zu tun.



Dirk Jansen und Dorothea Schubert: Zukunft statt Braunkohle. 30 Jahre Widerstand gegen Garzweiler II 192 Seiten, Format 21x30 cm, kartoniert, mit zahlreichen farbigen Abbildungen, ISBN 978-3-929503-00-5, Preis: 25,00 Euro, BUND-Eigenverlag. Das Buch kann telefonisch unter 0211 / 30 200 5-0 oder per Mail über [bund.nrw@bund.net](mailto:bund.nrw@bund.net) bestellt werden. Oder nutzen Sie das Bestellformular unter [www.bund-nrw.de/braunkohle](http://www.bund-nrw.de/braunkohle)

## Gegen Kohlekraftwerke

Die juristischen Auseinandersetzung um die Steinkohlenkraftwerke in Datteln und Lünen werden zu einer unendlichen Geschichte. In beiden Fällen hatte der BUND erfolgreich gegen die immissionsschutzrechtlichen Genehmigungen und die wasserrechtlichen Erlaubnisse geklagt. In beiden Fällen starten die Vorhabensträger E.on bzw. Trianel neue Genehmigungsanläufe. Die Verfahren werden damit zunehmend komplexer - eine große Herausforderung für den BUND!



Doch die Arbeit lohnt sich. Das Kohlekraftwerk Datteln bleibt ein unvollendetes Bauwerk. Zwar hat die Stadt Datteln inzwischen neues Baurecht geschaffen. Ob der neue Bebauungsplan aber bestandskräftig wird, bleibt abzuwarten. Nachdem der BUND bereits im Beteiligungsverfahren zahlreiche schwere Planungsfehler aufgezeigt hat, bereiten wir nun neue Klagen vor.

Etwas anders sieht es beim Kraftwerk Lünen aus. Dieses ging trotz neuer Klagen des BUND im Dezember 2013 offiziell in den Regelbetrieb über. Mit umfangreichen Schriftsätzen und mit Hilfe gutachterlicher Unterstützung hat der BUND seine Klagen begründet. Ob das Kraftwerk dauerhaft Strom produzieren darf, wird der weitere Verlauf der juristischen Auseinandersetzung zeigen.

Zu allem Überfluss plant jetzt auch die RWE Power AG ein neues Braunkohlkraftwerk in Bergheim-Niederaußem. Inzwischen wurden unter Missachtung aller vom BUND vorgetragenen Kritikpunkte der Regional-, Flächennutzungs- und Bauleitplan zugunsten des Kraftwerks geändert. Ob das Kraftwerk jemals gebaut wird, bleibt dennoch mehr als unwahrscheinlich. RWE bittet bei der Bundesregierung um Subventionen, um das klimaschädliche Vorhaben realisieren zu können. Doch ein „Hartz IV“ für Kohlekraftwerke wird es nicht geben.

➔ [www.bund-nrw.de/themen\\_und\\_projekte/energie\\_klima/](http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/energie_klima/)

### Klimaschutzplan kommt voran

Der Weg ist das Ziel. So könnte die Überschrift über dem von der Landesregierung initiierten Prozess zur Entwicklung eines Klimaschutzplans für Nordrhein-Westfalen lauten. Erstmals saßen alle Stakeholder – die Bandbreite reichte vom BUND bis zum RWE – an einem Tisch, um gemeinsam Vorschläge zum Erreichen der Klimaschutzziele des Landes zu erarbeiten. Eine schier endlose Reihe von Arbeitssitzungen erforderte es, bis schließlich etwa 300 konkrete Vorschläge vorgelegt werden konnten. Heftig diskutiert wurde über die wesentlichen Energieszenarien. Schließlich wurden

10 genauer berechnet mit dem Ergebnis, dass nur das vom BUND gemeinsam mit dem Landesverband Erneuerbare Energien vorgeschlagene „100 % Erneuerbare Energien“-Szenario die Klimaschutzziele erfüllt.

Entscheidend ist jetzt, was die Landesregierung daraus macht. Zu befürchten ist, dass sich der Klimaschutzplan als zahnloser Tiger erweisen wird. Klare ordnungsrechtliche Vorgaben für einen Kohleausstieg können durch ihn jedenfalls nicht ersetzt werden.

### Windenergie naturverträglich ausbauen

Bis 2020, so das Ziel der Landesregierung, soll der Anteil der Windenergie an der NRW-Stromerzeugung auf 15 Prozent steigen. Dabei beträgt heute der Anteil aller regenerativen Energien gerade einmal knapp 10 Prozent, der Anteil der Windenergie liegt bei lediglich etwa 4 Prozent. 76 Prozent entfallen auf Kohle. Die erneuerbaren Energien fristen also noch immer ein Schattendasein.

In Nordrhein-Westfalen müssen also endlich die Hausaufgaben gemacht werden, insbesondere muss der naturverträgliche Ausbau der Windenergie gelingen. Doch vor Ort nehmen die Konflikte zu. Ein Grund dafür ist das Versäumnis der Landesregierung, die notwendigen Windenergie-Vorranggebiete mit einer Ausschlusswirkung zu versehen. Das führt dazu, dass die Kommunen auch in naturschutzfachlich bedenklichen Gebieten planen, womit Probleme vorprogrammiert sind.

Der BUND setzt sich deshalb im Rahmen der Aufstellung des Landesentwicklungsplans und der Regionalpläne dafür ein, dass dieses Manko beseitigt wird. Vor allem aber sind wir vor Ort aktiv. Wo immer Konflikte hochkochen, sind wir präsent, versachlichen die Diskussion, bieten Alternativen. Denn nur im Konsens kann die Energiewende gelingen.

➔ [www.bund-nrw.de/themen\\_und\\_projekte/energie\\_klima/windkraft/](http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/energie_klima/windkraft/)



Foto: D. Jansen

## Fracking richtig verbieten

Gemeinsam mit dem Aktionsnetzwerk compact, dem Umweltinstitut München und dem BBU sammelte der BUND mehr als 660.000 Unterschriften für ein generelles Fracking-Verbot in Deutschland. Ende September überreichten wir diese persönlich an Bundesumweltministerin Barbara Hendricks. Die Ministerin versprach, sich für den Schutz des Trinkwassers und der Umwelt einzusetzen.

Allerdings sieht der Gesetzentwurf der Bundesregierung alles andere als ein Verbot der Risikotechnologie vor. In Tiefen unterhalb 3.000 Meter soll Fracking ermöglicht werden. Auch wenn Fracking oberhalb dieser Grenze zum Schutz des Grundwassers zunächst verboten wird, sollen Probebohrungen zulässig sein. Die vorgesehene verpflichtende Umweltverträglichkeitsprüfung und mehr Bürgerbeteiligung sind zwar begrüßenswert, gewährleisten aber noch lange keinen hinreichenden Schutz. Letzendlich kommen die Pläne einem „Fracking-Ermöglichungsgesetz“ gleich.

### Fracking-Ermöglichungsgesetz

Unterm Strich bleibt die Bundesregierung damit weit hinter den BUND-Forderungen zurück. Auch die NRW-Landesregierung dürfte kaum begeistert sein, hatte Hannelore Kraft doch angekündigt, dass es Fracking hierzulande nicht geben werde, solange sie Ministerpräsidentin sei. Mit der bundesgesetzlichen Regelung wird aber gerade am südlichen Niederrhein und im zentralen Münsterland, wo die Kohleflözgas-Formationen Tiefen von bis zu 5.000 Metern erreichen, die Tür für Fracking-Bohrungen geöffnet.

Dabei brauchen wir gefracktes Erdgas schlichtweg nicht. Wird die Energiewende ernst gemeint, kann ein Vielfaches der deutschen Erdgasförderung eingespart werden.



Foto: D. Jansen

Es ist jetzt nur eine Frage der Zeit, bis die Energieunternehmen erste Anträge für Explorationsbohrungen in NRW stellen werden. Der BUND appellierte deshalb an die Landesregierung, planerische und gesetzliche Regelungen zum generellen Abschluss dieser Fördertechnik in NRW zu treffen.

### Auch Niederlande wollen fracken

Dass die Grundwasserströme nicht an Landesgrenzen Halt machen, ist eine Binsenweisheit. Der BUND hat deshalb bei den niederländischen Behörden Einspruch gegen die dortigen Planungen zur Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten mit Hilfe der Fracking-Technologie eingereicht. Die Niederlande wurden aufgefordert, wegen der unkalkulierbaren Risiken für das Grundwasser am Niederrhein alle Planungen sofort einzustellen. Da die verschiedenen Grundwasserstockwerke entlang der deutsch-niederländischen Grenze verbunden sind, kann nicht ausgeschlossen werden, dass alle Formen bergbaulicher Tätigkeiten im grenznahen Bereich auch Auswirkungen auf das Grund- und Trinkwasser in Nordrhein-Westfalen hätten. Darüber hinaus sind unkalkulierbare Wechselwirkungen mit den durch den Braunkohlenbergbau stark beeinflussten Grundwasserlandschaften in der Niederrheinischen Bucht möglich.

➔ [www.bund-nrw.de/fracking](http://www.bund-nrw.de/fracking)

„Fracking richtig verbieten!“ Barbara Hendricks nimmt in Berlin 660.000 Unterschriften entgegen.

Foto: J. Farys

Forschungszentrum Jülich, Ende September 2014: Protest gegen die geplanten Atommüll-Schiebereien.

Foto: A. Conradt/PublikViewinG



## Atomland NRW

Wenn auch seit etlichen Jahren ohne „aktives“ AKW, so ist NRW dennoch mit atomkraftaffinen Anlagen reichlich bestückt, vor allem in Jülich (Atomversuchsreaktor AVR), in Ahaus (Brennelementezwischenlager BEZ), in Gronau (Urananreicherungsanlage UAA) und in Duisburg (Gesellschaft für Nuklearservice GNS).

Sand ins Getriebe des florierenden Atom-(Müll) Geschäftes auf Landes- und Bundesebene konnte der BUND NRW schütten, als es am 22. September vor der Landespressekonferenz in Düsseldorf um die zunächst geheim gehaltenen Pläne von Bundes- und Landesregierung ging, den Atommüll des AVR Jülich gegen Recht und Gesetz in die USA zu verbringen. Mit dabei war auch Tom Clements, Direktor der Umweltorganisation „Savannah River Side Watch“ aus South Carolina (USA). Er war extra aus den USA angereist, um zusammen mit dem BUND gegen den „Deal“ zu protestieren, den Atommüll aus dem AVR in das Atomwaffenzentrum „Savannah River Side“ abzuschicken. Clements machte deutlich, dass auch die USA nicht über bewährte Methoden verfügten, die rund 300.000 „nur“ noch niedrig angereicherten Brennelemente-Kugeln schadlos aufzuarbeiten.

Eine besondere Brisanz erhielt der Skandal durch eine Vereinbarung zwischen dem US-amerikanischen Energieministerium und den beiden Forschungsministerinnen auf Bundes- und Landesebene, in dem der Export des Reaktormülls verabredet wurde. Der BUND kritisierte die dem zugrunde liegenden Trickereien: Weil es nämlich seit 2013 eine Ausnahme für das ansonsten sowohl national wie auch EU-weit gesetzlich festgelegte Exportverbot von Atommüll für sogenannte Forschungsreaktoren gibt, hätten die Bundes- und Landesregierung den Jülicher AVR kurzerhand vom Leistungs- zum Forschungsreaktor „umdefiniert“.

Der BUND hatte zu dieser Frage extra ein Rechtsgutachten eingeholt, das sehr detailliert die rechtliche Unzulässigkeit eines Exports des AVR-Atommülls nachweist.

Wie heißt es so schlicht in der rot-grünen NRW-Koalitionsvereinbarung: „Wir wollen, dass die Castoren, vor allem die in Jülich lagernden, nur noch einmal transportiert werden – nämlich zu einem Endlager, wenn hierfür ein Standort gefunden ist.“ Darauf wird der BUND drängen.

Auch die Urananreicherungsanlage in Gronau bleibt trotz aller Proteste gegen deren Weiterbetrieb ein wichtiger Baustein im Atom puzzle. Zusammen mit lokalen und regionalen Anti-Atom-Initiativen wird der BUND deshalb auch weiterhin die weitere Herstellung von angereichertem Uran als Brennstoff für AKW weltweit problematisieren. Von dem verkündeten Atomausstieg ist Deutschland jedenfalls noch weit entfernt.

➔ [www.bund-nrw.de/atomausstieg](http://www.bund-nrw.de/atomausstieg)



Foto: K. Ciesla

## Ölspeicher in Gronau-Epe schließen

**A**uf dem Gebiet der Städte Ahaus und Gronau liegt das Salzbergwerk Epe. Hier fördert die Salzgewinnungsgesellschaft Westfalen mbH (SGW) seit 1971 aus über 1.000 bis 1.500 m tiefen Bohrungen durch Solung Salz. Die dabei entstehenden Hohlräume werden seit 1974 als unterirdische Speicher für Erdgas und Erdöl genutzt. Insgesamt werden im Kavernenfeld Epe ca. 4,8 Mrd. m<sup>3</sup> Erdgas in 74 Kavernen und 1,4 Mio. m<sup>3</sup> Erdöl in drei Kavernen gespeichert. Lange galten diese Speicher als sicher, ein Irrglaube!

Am 12. April 2014 wurde wenige hundert Meter von der Erdölkaverne S5 in Gronau-Epe an der Erdoberfläche an drei Stellen Erdöl entdeckt. Erst nach wochenlanger, zum Teil chaotisch anmutender Suche konnte das Leck in 217 Meter Tiefe entdeckt und geschlossen werden. Etwa 74 m<sup>3</sup> konnten aufgefangen werden. Nur mit viel Glück entging das naheliegende, unter Naturschutz stehende Moorgebiet dem Exitus. Die Sanierung wird Millionen verschlingen und lange andauern.

Der BUND hat das Schadensereignis von Beginn an kritisch begleitet. BUND-Experten waren vor Ort, stellten Fragen, hakten nach. Wochenlang war das Öleck ein wichtiges Thema in den Medien.

Dabei war das Ökodesaster vermeidbar. Das Bohrloch verfügt über kein doppelwandiges Sicherungssystem. Offenbar ein weit verbreiteter Systemfehler. Deshalb forderte der BUND, deutschlandweit zu prüfen, inwieweit weitere Speicher die gleichen Defizite aufweisen. Nach Ansicht des BUND sind jetzt die Politiker\*innen gefordert, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Die Ölspeicher in NRW sind nicht sicher und müssen aufgegeben werden.



*Ortstermin in Gronau-Epe: Expert\*innen des BUND bei der Begutachtung der Schadensstelle. Foto: D. Jansen*

## KlimaDiskurs.NRW e.V.: Für eine neue Diskussionskultur

**K**aum ein Thema wird so kontrovers diskutiert wie Klimaschutz und Energiepolitik. Denn hier treffen unterschiedliche Meinungen, Interessen und Ziele aufeinander. Dabei sollten nicht Gegensätze, sondern das gemeinsame Handeln im Vordergrund der Debatte stehen. „Auseinandersetzen, gemeinsame Wege finden, handeln“ ist daher ein Leitmotiv des Vereins KlimaDiskurs.NRW, zu dessen Gründungsmitgliedern der BUND NRW gehört.

Der Verein setzt sich seit 2013 als unabhängige Plattform für konstruktive Gespräche zwischen den Konfliktparteien ein – beispielsweise in Form von Netzwerktreffen, Fachveranstaltungen oder auch Diskussionsmöglichkeiten in kleineren Rahmen. So bietet der Zusammenschluss aus Unternehmen, Vereinen und Verbänden, Kommunen, wissenschaftlichen Einrichtungen, Kirchen und Gewerkschaften sowie andere Interessensgruppen Raum für die Erarbeitung von tragfähigen Kompromissen und Lösungswegen. Das Ziel: eine neue vertrauensvolle Gesprächskultur schaffen und durch gemeinsames Handeln den Klimaschutz in NRW voranbringen. Gefördert wird der KlimaDiskurs.NRW von der Stiftung Mercator und der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen.

➔ [www.klimadiskurs-nrw.de](http://www.klimadiskurs-nrw.de)

*Der KlimaDiskurs.NRW hat sich als wichtige Plattform und Schnittstelle zwischen Zivilgesellschaft, Politik, Wirtschaft und Kommunen etabliert. Fotos: St. Hoefst*



## Gift im Schacht

2018 ist endgültig Schicht im Schacht. Dann macht auch die letzte Steinkohlenzeche im Ruhrgebiet dicht. Doch die Ewigkeitslasten werden noch alle nachfolgenden Generationen beschäftigen. Dazu gehört auch das Altlastenproblem. Nach dem Skandal um die „Verklappung“ von 600.000 Tonnen Sondermüll schlug der BUND erneut Alarm: Bis in die 1980er Jahre wurden bis zu 10.000 Tonnen PCB-haltige Hydrauliköle im Bergbau eingesetzt. Der Großteil davon wird immer noch untertage vermutet, eine umweltgerechte Entsorgung dieser mit dem Ultragift belasteten Flüssigkeiten fand nicht statt. Reduziert die Ruhrkohle AG nach 2018 die Wasserhaltung, „saufen“ die Stollen mit den PCB-Altlasten ab. Mit den steigenden Wasserständen könnten die Schadstoffe dann über Wasserwegsamkeiten, z.B. Klüfte und Störungen, in oberflächennahe Grundwasserströme gelangen. Die Risiken für die Umwelt wären immens.



Fotos: D. Jansen

Während die RAG und die Bergbehörde die Gefahr klein redeten, will das Umweltministerium handeln. Ein Gutachten soll klären, wie groß die Gefahr durch PCB ist. Ein Problem dabei ist, dass noch nicht einmal die RAG beziffern kann, welche Mengen der giftigen Flüssigkeiten untertage schlummern. Offenbar wurden alte Unterlagen geschreddert. Das kann in der Konsequenz nur heißen, dass bis zur Klärung des Sachverhalts die Wasserhaltung ohne Einschränkungen fortgeführt wird; eine Flutung der Stollen muss verhindert werden.

➔ [www.bund-nrw.de/abfall](http://www.bund-nrw.de/abfall)

## Tickende Zeitbomben in den Tagebauen

Bei dem Betrieb von Braunkohlenkraftwerken fallen erhebliche Mengen Aschen und Schlacken an, die einer für die Umwelt schadlosen Entsorgung zugeführt werden müssen. Die Liste der Schwermetallfracht dieser Reststoffe klingt bedrohlich: Kupfer, Cadmium, Chrom, Zink, Blei, Nickel, Quecksilber, Thallium und Arsen. Hinzu kommen die radioaktiven Substanzen der Uran-235-, der Thorium-232- und der Kalium-40-Reihe. Entsorgt werden diese Schadstoffe in so genannten Kraftwerksreststoffdeponien in den Tagebauen. Doch sind diese auch sicher? Eine vom BUND in 2014 vorgelegte Recherche warf zahlreiche bis heute ungelöste Fragen auf.



Allein an Schwermetallen landen nach Schätzungen des Öko-Instituts pro Jahr mehrere Tonnen auf den fünf KWR-Deponien im Rheinischen Braunkohlenrevier. Trotz dieses Schadstoffinventars sind die Anforderungen an die Deponierung gering. Dabei gelangen die Deponien nach Ende des Tagebaus unweigerlich durch das langsam wieder ansteigende Grundwasser in den Grundwasserstrom. Auch die gegenüber RWE Power festgelegte Sicherheitsleistung ist nach BUND-Auffassung nicht geeignet, mögliche Ewigkeitsschäden zu begleichen. Bis in die 1980er Jahre hinein wurden die Abfälle sogar wild in den Tagebauen verkippt - ohne jegliche Umweltvorsorge. Niemand weiß heute, wo genau welche Mengen abgelagert wurden.

Auch angesichts der weiteren vom Braunkohlentagebau verursachten Folgekosten für Mensch und Umwelt ist es längst überfällig, vom Bergbautreibenden eine Sicherheit in Form eines Ewigkeitslasten-Fonds abzuverlangen. Ansonsten bliebe es dabei: RWE macht die Gewinne, wir Steuerzahler\*innen tragen das Risiko.

➔ [www.bund-nrw.de/kwr-deponien](http://www.bund-nrw.de/kwr-deponien)

# Vielfalt erhalten

## Der Naturschutz bleibt ein Stiefkind der Politik. Doch die BUND-Aktiven zeigen, wie es geht.

In Nordrhein-Westfalen leben über 43.000 verschiedene Tier-, Pilz- und Pflanzenarten in rund 70 verschiedenen Lebensräumen. Doch die biologische Vielfalt ist bedroht. Rund 45 Prozent der heimischen Arten sind gefährdet, vom Aussterben bedroht oder bereits ausgestorben. Der Rückgang der Artenvielfalt hat sich insbesondere in der Agrarlandschaft in den letzten Jahren dramatisch verschärft. Der BUND stemmt sich diesem Negativ-Trend entgegen. Mit seinen zahlreichen Projekten leistet er einen unersetzlichen Beitrag zum Schutz der Natur. Und auch der „Naturschutz am grünen Tisch“ bleibt unverzichtbar. Deshalb drängen wir auf ein zeitgemäßes Landesnaturschutzgesetz, die Ökologisierung des Jagdrechts und einen Landesentwicklungsplan, der dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen endlich den angemessenen Stellenwert einräumt.

### NRW hat eine Biodiversitätsstrategie

Die Landesregierung hat eine Biodiversitätsstrategie für NRW aufgestellt. Damit ist eine langjährige Forderung des BUND erfüllt worden. Das Ergebnis ist leider ziemlich bescheiden ausgefallen: die meisten Ziele waren beispielsweise durch die Nationale Biodiversitätsstrategie schon vorgegeben, der Weg zum Ziel bleibt meist unkonkret. Trotzdem gibt es, Dank der Beteiligung des BUND, ein paar Lichtblicke. Hierzu gehören die Biodiversitätsstandards für den Wald oder die Konzeption zur Wiederherstellung von Heide- und Moorebenen. Erforderlich ist nun die Erarbeitung einer umfassenden Wildniskonzeption für ganz Nordrhein-Westfalen, die alle geeigneten Flächen auch außerhalb des Waldes ermittelt und einbezieht. Jetzt kommt es darauf an – auch und gerade bei der Novellierung des Landschaftsgesetzes –, den strategischen Rahmen mit Leben zu füllen.

### BUND schützt Amphibien

Von den 18 in NRW nachgewiesenen Amphibienarten stehen mehr als die Hälfte auf der Roten Liste der gefährdeten Arten. Hauptsächlich leiden die Amphibien unter dem Verlust von Lebensräumen. Der fortschreitende Flächenverbrauch durch Industrie und Landwirtschaft, die Zerschneidung der Landschaft durch Siedlungen und Straßen erschweren ihnen das Überleben. Viele Hektar wertvoller Auenflächen als besondere Refugien werden jedes Jahr durch Hochwasserdämme und Uferverbauung trockengelegt. Laichgewässer werden vernichtet oder verschmutzt. Tausende Frösche und Kröten sterben jedes Frühjahr auf Straßen bei ihren Wanderungen zu den Laichgewässern. Ein bisher vielfach unterschätztes Problem kann direkt vor der eigenen Haustür lauern. In Dörfern und an Stadträndern

### Der Wolfsmilchschwärmer ist Schmetterling des Jahres 2014

Schmetterling des Jahres 2014 ist der Wolfsmilchschwärmer (*Hyles Seuphorbiae*). Die BUND NRW Naturschutzstiftung und die Arbeitsgemeinschaft Rheinisch-Westfälischer Lepidopterologen machen damit auf den starken Rückgang des Falters aufmerksam. Kam er in den 1960er Jahren hierzulande häufig vor, ist er mittlerweile aus vielen Regionen verschwunden. Ursache dafür ist der Verlust nährstoffarmer, trockener und warmer Standorte, auf denen die Zypressen-Wolfsmilch, die Nahrungspflanze der Raupen, in größeren Mengen wächst.

Mehr Infos: [www.bund-nrw-naturschutzstiftung.de/schmetterling2014](http://www.bund-nrw-naturschutzstiftung.de/schmetterling2014)

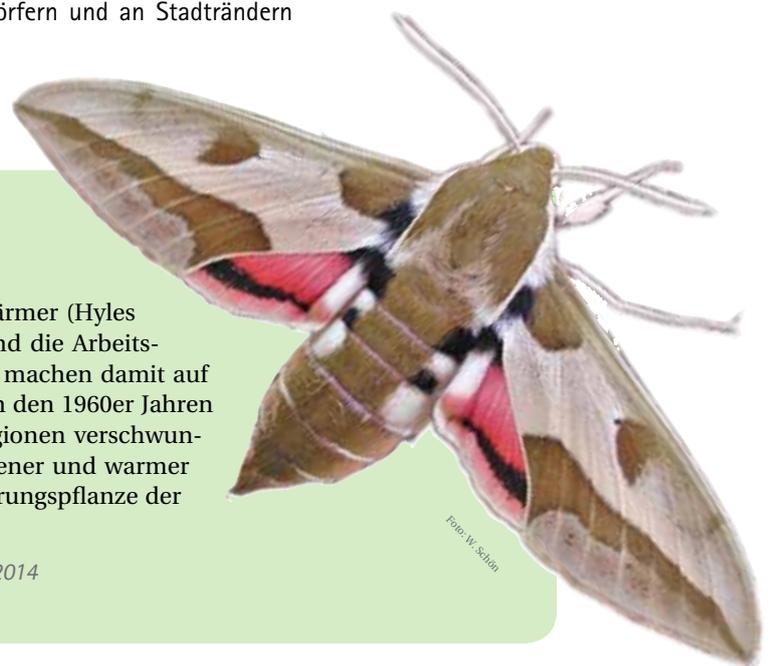




Foto: H. Kohls

„Artenschutz klassisch“: Fleißige BUND-Aktive retten jedes Jahr zigtausende Amphibien vor dem Straßentod.

geraten die Lurche in Kellerfenster, Lichtschächte, Außenkellertreppen, ungesicherte Brunnenschächte oder in Straßengullys. Hier verhungern oder vertrocknen sie, wenn sie nicht rechtzeitig entdeckt werden.

Überall im Land, so in Minden-Lübbecke, Leverkusen, Soest, Wetter/Herdecke, Jüchen oder Bad Salzuflen, erfassen die Amphibienschützer\*innen des BUND lokale Vorkommen von Amphibien, betreuen Krötenzäune und informieren die Öffentlichkeit vor Ort über Biologie, Gefährdung und Schutz.

➔ [www.bund-nrw.de/amphibienschutz](http://www.bund-nrw.de/amphibienschutz)

## Bienen- und Wespenschutz des BUND

Die wilden Verwandten der Honigbienen produzieren zwar keinen süßen Brotaufstrich, dennoch sind die über 550 in Deutschland heimischen Wildbienenarten als Pflanzenbestäuber unverzichtbar. Der Gegenwert der Bestäubungsleistung durch Bienen und andere Insekten beträgt allein in Europa über 14 Milliarden Euro pro Jahr.

Viele Wildbienenarten sind durch die Zerstörung natürlicher Lebensräume und die mit einem hohen Pestizideinsatz verbundene industrielle Landwirtschaft vom Aussterben bedroht. Zum Schutz der Wildbienen kann jedoch jeder Einzelne beitragen. Viele BUNDgruppen zeigen vor Ort, wie es geht.

So baut zum Beispiel der BUND in Schwerte und Herne Insektenhotels und veranstaltet Seminare hierzu.

In Haan und Köln sind BUNDler in der Datenerhebung über Bienenbestände aktiv. Der BUND Lemgo bietet einen Bauplan für Hornissen-Nistkästen zum Download an.

➔ [www.bund-nrw.de/wildbienenschutz](http://www.bund-nrw.de/wildbienenschutz)

## Kampagne für Vogelsicherheit an Glas

Ein im Dezember 2014 neu gestartetes Projekt des BUND NRW „Vermeidung von Vogelschlag an Glas“ beschäftigt sich mit dem immer noch nicht gelösten Problem des Todes von Vögeln an Hausfassaden.

Vögel können Glas nicht erkennen und verunglücken in Europa zu Hunderttausenden täglich daran. In attraktiver Umgebung sind spiegelnde und durchsichtige Glasflächen für Vögel dabei besonders gefährlich. Im freien Flug prallen sie mit der Geschwindigkeit fahrender Autos dagegen, sterben auf der Stelle, oder wenig später an den Folgen – inneren Verletzungen und Knochenbrüchen.

Da der Trend zum Bauen mit immer mehr Glasflächen auch in NRW stetig stärker wird, bedarf es dringendst geeigneter Lösungskonzepte. Nicht nur Einzelexemplare vieler Vogelarten sind betroffen. Es sind so viele Tiere, dass es den Bestand ganzer Populationen bedrohen kann.

Der BUND NRW hat es sich zur Aufgabe gemacht, das Problem bei den Verantwortlichen bewusst zu machen, zu dokumentieren und Lösungen zu bewerben. Alle Bürger\*innen NRWs können sich mit Fundmeldungen beteiligen und sich informieren, was selbst in Garten, Wohnung und Haus dagegen getan werden kann.

➔ [www.vogelsicherheit-an-glas.de](http://www.vogelsicherheit-an-glas.de)

Neue Heimat: Die BUNDspechte der Ortsgruppe Jüchen schufen eine attraktive Brutmöglichkeit für Wildbienen und Wildwespen. Foto: L. Fehrenbacher



## „Schule als Garten“ beim BUND Köln

Natur als Kind oder Jugendlicher erleben zu können, ist im schulischen Ganztagsbetrieb kaum noch möglich. Dabei bieten Schulgärten und Schulfreiflächen zahlreiche Möglichkeiten zur Gestaltung eines naturnahen Erlebnisraums mit möglichst zahlreichen Hilfen für die urbane Biodiversität.

Im Rahmen des durch die Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen geförderten Projekts „Kompetenznetzwerk Schule als Garten“ wurden Kölner Schulgärten durch Beratung, Workshops und Vorträge unterstützt und ein Netzwerk verschiedener Institutionen aufgebaut, mit welchem diese Schulgärten etabliert werden können. Dabei sind mehrere Schulgartenprojekte entstanden, die der BUND Köln nun dauerhaft betreut. Damit ist ein wichtiger und übertragbarer Ansatz entwickelt worden, den Schutz der Biodiversität frühzeitig in der Bevölkerung zu verankern.

➔ [www.bund-koeln.de/arbeitskreise\\_und\\_projekte/kompetenznetzwerk\\_schule\\_als\\_garten/](http://www.bund-koeln.de/arbeitskreise_und_projekte/kompetenznetzwerk_schule_als_garten/)

## BUND bildet Kinder und Jugendliche zu Hobbyforscher\*innen aus

Mit dem durch die Stiftung für Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen geförderten Projekt „Erforsche Neophyten mit“ setzt der BUND erneut auf „citizen science“. „Bürgerwissenschaft“ besteht darin, dass Hobbyforscher\*innen an aktuellen wissenschaftlichen

Fragestellungen mitforschen. Das Projekt wurde von der BUND Kreisgruppe Bonn mit dem Ziel entwickelt, bereits Kinder und Jugendliche an Schulen und außerschulischen Bildungseinrichtungen im Bonner Raum an die Forschung heranzuführen und für die Sammlung von wissenschaftlichen Daten zu begeistern. Gleichzeitig soll die Wahrnehmung von Arten und Lebensräumen sowie Kenntnisse über die Dynamik der Natur gefördert werden.

Neophyten, das Thema des Citizen Science-Projektes, sind nicht einheimische oder gebietsfremde Pflanzen, deren Verbreitung, ökologische Ansprüche sowie deren Einfluss auf die Biologische Vielfalt in vielen Gebieten noch wenig bekannt ist. Das Projektteam wird Lehr- und Infomaterial über das Thema „Neophyten“ vorbereiten und Schulungen für Lehrer\*innen und Multiplikator\*innen anbieten. Die Daten werden mit Hilfe von mobilen Geräten gesammelt und an bereits existierende Internetportale übermittelt. Die gesammelten Daten können von der Wissenschaft und/oder Behörden ausgewertet werden und die Forschungsergebnisse die Planung von Naturschutzmaßnahmen unterstützen.

➔ [www.bundforschtinbonn.de](http://www.bundforschtinbonn.de)



Foto: Bernth/wikimedia.org

## Orchideenschutz im BUND

Die Erforschung und der Schutz der heimischen Orchideenflora zählt seit 1983 zu den Aufgaben des Arbeitskreises Heimische Orchideen (AHO) im BUND NRW. Über 200 Aktive pflegen Biotop, kartieren Orchideenvorkommen, bieten Exkursionen an und veröffentlichen die Ergebnisse ihrer wissenschaftlichen Arbeit auf Fachtagungen und in Publikationen.

Mehr als 50 Orchideenarten sind in Nordrhein-Westfalen heimisch. Gemeinsam mit den Arbeitskreisen der anderen Bundesländer kürt die AHO die Orchidee des Jahres. 2014 fiel die Wahl auf den Blattlosen Widerbart (*Epipogium aphyllum* Sw.).

In NRW existieren nur noch vier Vorkommen dieser Art; sie wird als „stark gefährdet“ eingestuft. Ein seit Jahrzehnten bekanntes Vorkommen in der Nordeifel ist aktuell durch die Erweiterung eines angrenzenden Steinbruchs bedroht.

➔ [www.bund-nrw.de/themen\\_und\\_projekte/naturschutz/orchideenschutz/](http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/naturschutz/orchideenschutz/)



*Pflegen, schützen, retten – landauf landab sind BUND-Aktive im Dauereinsatz für die Natur. Das Bild zeigt die Mitglieder der Ortsgruppe Dülmen in der Aue des Welter Bachs. Foto: R. Schleicher*

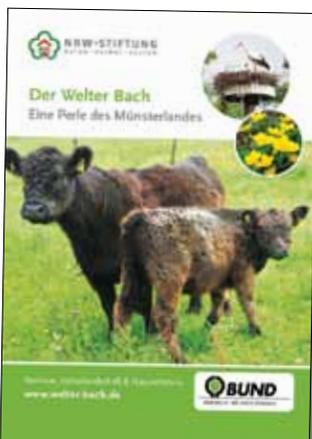
## Der Welter Bach – eine Perle des Münsterlandes

Aus den Gehölzen rufen Laubfrösche, junge Nonnengänse und Brachvögel laufen über die Wiesen, und über den Besucher\*innen kreisen die Weißstörche.

Gemeinsam mit der NRW-Stiftung und umweltbewussten Landwirten hat die Ortsgruppe Dülmen am Welter Bach ein Naturschutzgebiet bewahrt und wiederhergestellt, das einen einzigartigen Einblick in die artenreiche Kulturlandschaft früherer Jahrzehnte bietet. Die zahlreichen Aktiven beteiligen sich an Naturschutzeinsätzen im Gelände, sind Obstbaumpaten der Streuobstwiese oder führen für Besuchergruppen Exkursionen durch.

2014 hat die OG Dülmen eine neue Broschüre herausgebracht, die dieses vorbildliche Projekt vorstellt und zum Mit- und Nachmachen anregt.

➔ [www.welter-bach.de](http://www.welter-bach.de)



## Wildkatzen von den Toren Kölns

Seit Jahren setzt sich der BUND für die bedrohte Europäische Wildkatze ein – mit Erfolg. Jetzt breitet sich der scheue Räuber weiter aus. Das zeigen die Ergebnisse der Lockstockuntersuchungen im Projekt „Wildkatzensprung“.

Der BUND konnte erstmals seit über 100 Jahren wieder Wildkatzen im Lohmarer Wald, dem Süzipfel des Naturraums Bergische Heideterrasse, nachweisen und damit zeigen, dass es sogar in der dicht besiedelten Landschaft noch Chancen für Biotopverbund gibt. Diese Räume zu sichern und zu funktionierenden Wanderkorridoren zwischen den aktuellen Wildkatzenvorkommen zu entwickeln, ist eine der Kernaufgaben des BUND zum Schutz der Wildkatze und der Biodiversität.

Weitere neue Nachweise erfolgten in den Wäldern auf der Leuscheid im Rhein-Sieg-Kreis sowie im Kreis Siegen-Wittgenstein bei Burbach. Die Untersuchungen dort dienten der Überprüfung, ob und wo Wildkatzen zwischen Siebengebirge und Rothaargebirge beziehungsweise zwischen Westerwald und Rothaargebirge wandern. Die positiven Nachweise dokumentieren, dass beide Verbindungen zumindest von Einzeltieren bewältigt werden.

Neben dem großen Vorkommen in der Eifel gibt es in Nordrhein-Westfalen kleinere Wildkatzenpopulationen in den Villewäldern, im Eggegebirge und dem östlich angrenzenden Bereich zur Weser hin, im Arnsberger Wald sowie im Rothaargebirge.

Für die Untersuchungen stellten zahlreiche Freiwillige des BUND Anfang 2014 unter fachlicher Leitung von Dr. Christine Thiel-Bender Holzpflocke im Wald auf und besprühten sie mit Katzen anlockender Baldrianlösung. Wildkatzen reiben sich an diesem rauen Holz und hinterlassen dabei Haare, die dann von den Freiwilligen abgesammelt wurden. Das Forschungsinstitut Senckenberg analysierte die Haarproben genetisch und kann so feststellen, ob es sich tatsächlich um eine Wildkatze handelt. Die genetischen Daten fließen in eine bundesweite Gendatenbank der Wildkatze, die Aufschluss über Wanderbewegungen, Verwandtschaftsverhältnisse und den Grad der Isolation der verschiedenen Wildkatzenpopulationen geben soll.

Das bundesweite BUND-Projekt Wildkatzensprung läuft seit 2011 und wird im Rahmen des Bundesprogramms für Biologische Vielfalt durch das Bundesamt für Naturschutz mit Mitteln des Bundesumweltministeriums sowie mit Mitteln des Umweltministeriums Nordrhein-Westfalen gefördert.

➔ [www.bund-nrw.de/wildkatze](http://www.bund-nrw.de/wildkatze)



Die Wildkatze streift jetzt wieder durch die Wälder vor den Toren Köln. 2014 konnte der BUND dort erstmals wieder Nachweise liefern. Foto: Th. Stephan

## Mein Baum für Düsseldorf

Pfingstmontag wütete Sturmtief Ela über NRW. Besonders hart traf es Düsseldorf: Mehr als 40.000 Bäume wurden Opfer des Sturms; der Schaden liegt bei weit über 64 Millionen Euro.

Zur Wiederbegrünung der Stadt hat die BUND-Kreisgruppe Düsseldorf zusammen mit den örtlichen Imkerverbänden die Aktion „Mein Baum für Düsseldorf - Mein Baum für Bienen“ gestartet. Die Idee: Bürger\*innen oder Unternehmen können in der ganzen Stadt Patenschaften für neu zu pflanzende Bäume übernehmen. Aber nicht irgendwelche Baumarten, sondern solche, die als Bienenweide wertvollen Nektar und Pollen für Bienen spenden, wie zum Beispiel Weiden, Robinien, Linden und Kirschen. „Die als Bienenweide geeigneten Baumarten sind robust und zur Verwendung als Stadtbäume bestens geeignet“, erläutert Michael Süßer von der BUND-Kreisgruppe. „Den Düsseldorferinnen und Düsseldorfern liegt ihr Grün sehr am Herzen. Wir möchten Ihnen ermöglichen, sich persönlich für Bäume in der Stadt zu engagieren.“

Umweltminister Johannes Remmel hat angekündigt, jede Bürgerspende zu verdoppeln. Trotzdem wird es wahrscheinlich Jahre dauern, ehe Düsseldorf wieder zur „grünen Stadt“ wird.

➔ [www.bund-duesseldorf.de/meinbaum](http://www.bund-duesseldorf.de/meinbaum)



Gemeinsam mit dem Düsseldorfer Oberbürgermeister Thomas Geisel pflanzten BUND-Aktive um Michael Süßer ihren „Baum für Bienen“ Foto: BUND



Wie hier in Köln nahm der BUND gemeinsam mit seinen Bündnispartnern die Mitglieder des Landesjagdverbandes bei deren Veranstaltungen gegen die Jagdreform in Empfang. Foto: D. Jansen

### 30.000 Stimmen für Jagdreform

Die Auseinandersetzung um die lange überfällige Reform des Landesjagdgesetzes erreichte in 2014 eine neue Qualität. Der Landesjagdverband machte gegen die vermeintliche „Ideologie im Jagdrecht“ mobil und scheute dabei vor keiner verbalen Entgleisung zurück. Der BUND initiierte daraufhin ein Bündnis der Tier- und Naturschutzverbände Nordrhein-Westfalens, um für eine Kampagne zu Gunsten eines ökologischen Jagdgesetzes zu mobilisieren. Das Bündnis zeigte bei den regionalen Veranstaltungen des Landesjagdverbandes Präsenz und startete auf Grundlage einer gemeinsamen Resolution eine Unterschriftenkampagne. In wenigen Monaten konnten mehr als 30.000 Unterschriften dafür gesammelt werden, 10 Kernforderungen in die Landesjagdgesetznovelle zu integrieren. Diese Eckpunkte beinhalten die Ausrichtung des Jagdgesetzes am Tier- und Naturschutz. Rechtzeitig zur Debatte im Landtag überreichte das Bündnis diese 30.000 Unterschriften an die Landtagspräsidentin Carina Gödecke.

Mit den Unterschriften konnte dokumentiert werden, dass es für eine konsequente Novelle des Jagdgesetzes landauf landab eine breite Unterstützung in der Bevölkerung gibt. Der Versuch des Landesjagdverbandes da-

gegen, den ländlichen Raum gegen die Jagdgesetznovelle zu instrumentalisieren, scheiterte.

Auch wenn die Forderungen der Tier- und Naturschutzverbände nur zu einem sehr kleinen Teil berücksichtigt worden sind, kann der Entwurf des Landesjagdgesetzes als Verbesserung bewertet werden. So sollen zum Beispiel Greifvögel, Möwen oder auch die Europäische Wildkatze endlich von der Liste der jagdbaren Arten gestrichen und ein Abschussverbot für Hauskatzen festgeschrieben werden. Auch die Baujagd auf Dachs und Fuchs sowie der Einsatz von Totschlagsfallen sollen der Vergangenheit angehören. Damit wäre das NRW-Jagdgesetz im Vergleich zum Bundesjagdgesetz und allen anderen Landesjagdgesetzen noch das fortschrittlichste.

Die Baustelle „Jagdgesetz“ bleibt uns jedoch als Generationenaufgabe erhalten. Der BUND wird weiter dafür streiten, den Jagdzwang und die Jagd in Naturschutzgebieten zu beenden. Auch daran, die Liste der jagdbaren Arten auf ungefährdete und gleichzeitig ausschließlich wirtschaftlich verwertete Arten zu reduzieren, führt auf Dauer kein Weg vorbei.

➔ [www.bund-nrw.de/jagd](http://www.bund-nrw.de/jagd)

# Lebendige Gewässer

**Die Flüsse und Bäche sind die natürlichen Lebensadern unseres Landes. Doch ihnen geht es schlecht. Der BUND handelt.**

**N**ichts Neues zwischen Rur und Weser: Nach wie vor befinden sich mehr als 90 Prozent unserer Fließgewässer weit entfernt von dem geforderten „guten ökologischen Zustand“. Auch unseren Seen und dem Grundwasser geht es nicht gut. Dabei sollte der „gute ökologische Zustand“ gemäß der EU-Wasserrahmenrichtlinie bis 2015 erreicht sein. Unverzichtbar bleibt daher der Druck der Umweltschützer\*innen. Die Gewässeraktiven des BUND haben auch im vergangenen Jahr daran mitgewirkt, dass wichtige Impulse für unsere Gewässer gesetzt wurden.

## 10 Jahre Wassernetz

**S**eit 2004 arbeiten die Gewässeraktiven des BUND gemeinsam mit ihren Mitstreiter\*innen in den anderen anerkannten Umweltverbänden im Wassernetz zusammen, um den Gewässerschutz in NRW – insbesondere im Hinblick auf die Umsetzung der EU-weit verbindlichen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) – voranzubringen. Und mit Erfolg, wie die Festveranstaltung zum 10-jährigen Jubiläum Ende November einmal mehr zeigte. In allen 12 regionalen NRW-Flussgebieten sind Gewässerschützer\*innen engagiert, wirken gut vorbereitet bei Planungen mit, haben vielerorts wichtige Anregungen wie zur Auenentwicklung in die behördlichen Maßnahmenplanungen eingebracht oder setzen selbst praktische Maßnahmen zur Entfesselung oder Aufwertung der Fließgewässer um. In 2014 unterstützte das Wassernetz wieder die Erstellung gemeinsamer Stellungnahmen zu WRRL-Anhörungsunterlagen des Landes und half auch dabei mit, dass bei den meisten Runden Tischen zum Gewässerschutz vor Ort der ehrenamtliche

Naturschutz präsent war. Eine zentrale Rolle spielt dabei das Wassernetz-Büro in der Düsseldorf BUND-Landesgeschäftsstelle.



## Starke Resolution

**U**nter dem Motto „Gute Gewässer – Endspurt hinglegen“ haben die BUND-Delegierten auf der vergangenen Landesdelegiertenversammlung einstimmig ein klares Signal für unsere Lebensadern gesetzt: Der Gewässerschutz muss von der Gemeindeg Spitze bis zur Landesregierung mehr Aufmerksamkeit erfahren. Angesichts der deutlichen Verzögerung bei der Umsetzung von Maßnahmen benannten die Delegierten wichtige Handlungsfelder wie nachprüfbar Anforderungen zum Schutz von Gewässerrandstreifen, eine Wassergebührenpolitik zugunsten einer gewässerverträglichen Landwirtschaft und präzise Maßnahmenplanungen (Umset-

*Entfesselte Ruhr: Aktive der BUND-Kreisgruppe Duisburg schufen neue Steilwände für den Eisvogel.*



Foto: J. Meßer



Das Wassernetz-Projektteam im Arbeitseinsatz am Jüchener Bach. Foto: L. Fehrenbacher

zungsfahrpläne) für Grundwasser und Kleingewässer vor Ort. Eine weitere Vertiefung des Rheins lehnten die Landesdelegierten ab. Die Anregungen aus der Resolution fanden bereits Berücksichtigung bei den aktuellen Maßnahmenplanungen für die Flussgebiete in NRW. Weitere Aktionen waren und sind auf Grundlage dieser Initiative in Vorbereitung.

## Naturschutztage am Rhein

Wie kann der Rhein besser geschützt werden? Die Frage stand im Zentrum der „1. Naturschutztage am Rhein“, die vom 1. bis 3. August 2014 in Königswinter stattfanden. Vertreter von Umweltverbänden, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft folgten der Einladung des BUND NRW und diskutierten über den Schutz und die weitere Entwicklung der Biodiversität im Einzugsgebiet des Rheins. Unterstützt wurde die Tagung von der Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW. Die Teilnehmenden verabschiedeten ein 7-Punkte-Memorandum, das unter anderem den Vorrang des natürlichen Hochwasserschutzes fordert. Die Veranstaltung wird angesichts ihres Erfolges auch in 2015 fortgeführt.

➔ [www.naturschutztageamrhein.de](http://www.naturschutztageamrhein.de)

## Weserversalzung

Nach wie vor werden über 450 Kilometer von Werra und Weser durch die Einleitungen von Salzabwässern aus der Kaliindustrie erheblich geschädigt. Gemeinsam machen die BUND-Landesverbände am Flusslauf dagegen mobil. Im November 2014 erreichte das Thema auch den nordrhein-westfälischen Landtag. Anlässlich der Landtagsanhörung zur Lösung der Salzabwasserproblematik forderte der BUND auf Grundlage einer qualifizierten Stellungnahme einen Einleitungsstopp für die salzhaltigen Abwässer der Firma Kali und Salz. Der Landtag müsse ein klares Signal setzen, damit die Versenkung der Kalilauge im hessisch-thüringischen Kali-Revier ab 2015 endet und weitere Salzabwasser-Einleitungen in den Fluss schrittweise gesenkt und bis spätestens 2021 eingestellt werden. Nur so könne Nordrhein-Westfalen seinen gesetzlichen Verpflichtungen zum Schutz der Weser nachkommen. Bis dahin sei der Bau einer Pipeline zur Nordsee zur dortigen Einleitung der Salzwässer „die beste aller schlechten Lösungen“. Der Einsatz war nicht ohne Erfolg: Die Pipeline-Lösung bleibt – anders als von einigen Fraktionen beabsichtigt – nun doch auf der Agenda.

## Angebote für den Gewässerschutz

In Zusammenarbeit mit dem Wassernetz NRW wurde das Angebot zur Lage und Begleitung des Gewässerschutzes vor Ort deutlich ausgebaut. Hervorzuheben sind insbesondere die überarbeitete interaktive Internetplattform (Wassernetz-Wiki) und drei neue Handreichungen mit konkreten (Fall-)Beispielen, die bei eigenen Stellungnahmen, Aktionen oder Renaturierungsmaßnahmen helfen.

➔ [www.bund-nrw.de/themen\\_und\\_projekte/wasser](http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/wasser) oder [www.wassernetz-nrw.de](http://www.wassernetz-nrw.de)



Naturschutztage am Rhein: Die BUND-Verbandsspitzen der Rheinanlieger-Länder und der BUND-Bundesvorsitzende folgten der Einladung von Paul Kröfges (3.v.r.) nach Königswinter. Foto: BUND

**Naturschutztage**  
am Rhein

# Für Land und Leute

## Artgerechte Tierhaltung, gentechnikfreie Landwirtschaft, gesunde Lebensmittel – es gibt viel zu tun.

**O**b auf der Straße, am Ackerrand, in Ministerien und Behörden, bei Veranstaltungen, in Projekten, Gremien und Netzwerken oder notfalls auch vor Gericht: Der Einsatz für eine umwelt- und tierschutzgerechte, bäuerliche Landwirtschaft ist seit je her eines der Kernthemen des BUND in Nordrhein-Westfalen. Fast die Hälfte der Landesfläche wird landwirtschaftlich genutzt, und das hat maßgeblichen Einfluss auf die Vielfalt der Pflanzen- und Tierwelt, den Zustand unserer Gewässer und des Grundwassers, den Boden, das Landschaftsbild und vieles mehr.

Die BUND-Aktivitäten haben viele Facetten und umfassen ein breites Themenspektrum: Von Tierhaltung über Gentechnik bis hin zu Agrarsubventionen, Gülle, Biogasanlagen, Ökolandbau, Streuobstwiesenschutz – überall kämpfen BUND-Aktive für gesunde Lebensmittel in einer intakten Umwelt. Vor allem die Intensivtierhaltung mit ihren Schattenseiten für Mensch, Tier und Umwelt war im Jahr 2014 erneut ein Schwerpunkt unserer Arbeit. Gemeinsam mit unseren Gruppen vor Ort mischten wir uns beherzt und streitbar in politische und öffentliche Diskussionen ein und drängten auf eine Neuausrichtung der Agrarpolitik.

### Wir haben die Agrarindustrie satt!

**D**ie Bewegung wächst: Angeführt von hunderten Bäuerinnen und Bauern und 70 Traktoren zogen im Januar 2014 bei strahlendem Sonnenschein über 30.000 Umwelt- und TierschützerInnen, ImkerInnen und VerbraucherInnen vor das Kanzleramt in Berlin. Dieses war bereits die vierte gemeinsame Demo „Wir haben es satt“ in Folge. Einmal mehr waren auch wieder viele Aktive und Freunde des BUND und der BUNDjugend aus NRW mit dabei. Erneut organisierten BUND-Gruppen unter anderem im Rheinland, Münsterland und Ostwestfalen gemeinsame Anreisen mit Bus und Bahn und mobilisierten vor Ort. Diese bunte Mischung von Menschen, die gemeinsam etwas



„Wir haben die Agrarindustrie satt!“ Im Januar 2014 forderten in Berlin über 30.000 Menschen – darunter viele BUND-Aktive aus NRW – die Agrarwende.

ändern möchten, gewinnt immer stärkeren Zuspruch: Anfang 2015 folgte gleich eine weitere Demonstration mit nun sogar 50.000 Menschen. Das motiviert!

### Die Pute – Die Gute?

**S**eit mehr als zehn Jahren nimmt der BUND NRW mit umfassenden Recherchen die Haltungsbedingungen von Mastputen unter die Lupe. Im Frühjahr 2014 stellten wir unsere neueste Studie vor. Das zentrale Ergebnis: Fast alle Puten in NRW werden in nicht tiergerechter Intensivmast gehalten. Die Besatzdichten in den Ställen sind durchweg viel zu hoch, und es fehlt den Tieren an Auslauf. Fast hundert Prozent aller Puten, die in konventionellen Betrieben gemästet werden, wurden die Schnäbel gekürzt, obwohl dieser schwerwiegende Eingriff nur ausnahmsweise zulässig ist. Bereits in den Jahren 2003 und 2008 hatten BUND-Recherchen diese Missstände offen gelegt, ohne dass sich seitdem etwas verbessert hat. Die aktuelle Recherche zeigte, dass trotz



Protest gegen die Intensivmast von Puten in Schederberge (Sauerland). In nur neun Meter Entfernung zur Wohnbebauung soll dort eine Maststall mit 10.000 Puten gebaut werden. Foto: BUND

langjährig bekannter und von den Kreisveterinären immer wieder benannter haltungs- und zuchtbedingter Gesundheitsschäden und Eingriffen an den Puten beim Tierschutz weitgehend Stillstand herrscht. Der BUND fordert deshalb die Einführung klarer, rechtsverbindlicher Mindeststandards für die Putenhaltung, die Beendigung des Schnabelkürzens und das Verbot extrem schnellwüchsiger und auf völlig einseitiges Wachstum des Brustmuskels getrimmter Rassen wie die BIG 6.

### Intensivmast macht krank

Eine Studie des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) zum Antibiotikaeinsatz in den NRW-Putenställen bestätigte Ende 2014 die massiven Fehlentwicklungen: Wenn in mehr als neun von zehn Mastdurchgängen (92,8 %) den Tieren Antibiotika verabreicht werden, dabei durchweg auch für den

Menschen wirksame Reserveantibiotika zum Einsatz kommen und zugleich in einem Drittel der untersuchten Fälle ein in Deutschland für Puten nicht zugelassenes Präparat verabreicht wird, ist das aus Sicht des BUND eine Bankrotterklärung der Geflügelwirtschaft. Die Intensivmast von Puten wie auch die von Hähnchen funktioniert ganz offenkundig nur mit regelmäßigen Antibiotika-Gaben. Sie missachtet nicht nur den Tierschutz, sondern fördert die auch Bildung antibiotikaresistenter Keime und nimmt inakzeptable Risiken für Mensch und Umwelt in Kauf. Das Themenfeld ‚Antibiotika / MRSA / ESBL‘ war in 2014 eines der Themen, welches die Menschen besonders aufwühlte und das zu vielerlei Anfragen an den BUND führte.

### Widerstand vor Ort

Vierorts mischten sich BUND-Gruppen mit Stellungnahmen, Unterschriftensammlungen, Veranstaltungen und Aktionen in die laufenden Planungen ein und wurden hierbei vom Landesverband nach Kräften unterstützt, so im Hochsauerlandkreis: Zusätzlich zu den dort schon vorhandenen 70.000 Mastplätzen für Puten wurden im Frühjahr 2014 weitere knapp 10.000 Mastplätze genehmigt und nochmals knapp 10.000 weitere in Meschede-Schederberge beantragt. Weniger als neun Meter beträgt dort der Abstand zwischen dem geplanten Maststall und einem benachbarten Wohnhaus! Gemeinsam mit der BUND-Ortsgruppe Arnsberg lud der BUND NRW zu einem gut besuchten Info-Abend ein, und in enger Zusammenarbeit mit einer Anwohnerinitiative folgten weitere Aktivitäten. Auch gegen einen beantragten Maststall in Sassenberg wurden der BUND NRW und seine Kreisgruppe Warendorf aktiv. Auch in anderen Landesteilen setzten sich BUND-Gruppen mit konkreten Vorhaben auseinander – so in Fröndenberg und Schwerte (Kreis Unna), wo zusätzlich zur vorhan-



Foto: D. Jansen

den Tierhaltung Mastställe für weitere 3.000 bzw. 1.496 Schweine entstehen sollen. Der BUND arbeitet dort bereits seit Jahren sehr beharrlich in Sachen ‚Tierhaltung‘ und hat sich als fachkundiger Ansprechpartner mittlerweile auch bei den Behörden viel Respekt verschafft.

### Für gentechnikfreie Äcker und Futtertröge

**W**ie in den Vorjahren waren die Äcker in NRW auch 2014 gentechnikfrei – ein großer Erfolg unserer gemeinsamen Arbeit und des vielfältigen genkritischen Widerstands in Deutschland. Doch die gentechnikfreie Landwirtschaft ist massiv bedroht: Es drohen mehrere Neuzulassungen von Genmais durch die EU, aktuell liegen acht Anträge auf Anbauzulassung zur Entscheidung vor, darunter der genmanipulierte Mais 1507. Die jüngst beschlossenen so genannten Opt-out-Regeln der EU erlauben zwar nationale Anbauverbote, doch der Bundeslandwirtschaftsminister entzieht sich seiner Verantwortung und setzt auf Verbote der Bundesländer. Damit drohen ein Flickenteppich, ein Wirrwarr von Regelungen, große Rechtsunsicherheit sowie zusätzlicher Kontrollaufwand zulasten derjenigen, die gentechnikfrei produzieren möchten.

In den Futtertrögen der Mastställe zwischen Rhein und Weser landen unterdessen weiterhin Tag für Tag riesige Mengen Futter z.B. aus genmanipulierten Sojapflanzen aus Übersee. Sie werden dort unter Inkaufnahme massiver Umwelt- und Gesundheitsschäden angebaut. Umweltzerstörung wird so von NRW aus in andere Erdteile ‚exportiert‘. Der BUND kämpft deshalb weiterhin dafür, gentechnisch veränderte Futtermittel zurückzudrängen und wirbt für das Label ‚ohne Gentechnik‘.

### Stoppt TTIP: Keine Schwächung des Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutzes!

**S**o sehr wir uns für eine umwelt- und tierschutzgerechte Landwirtschaft einsetzen: Das geplante Freihandelsabkommen TTIP bedroht nun all dieses. Ob Kennzeichnung von Lebensmitteln, Hormone in der Fleisch- und Milchproduktion, Pestizide oder Gentechnik: TTIP berührt uns ganz unmittelbar. Unter dem Deckmantel der ‚Harmonisierung‘ unterschiedlicher Standards in den USA und der EU droht eine massive Aufweichung dessen, was wir in Deutschland und Europa beharrlich errungen haben. Gemeinsam mit europaweit 250 anderen Organisationen sammelte der BUND auf der Straße und im Internet mehr als 1,5 Millionen Unterschriften zur Unterstützung der selbstorganisiert

ten europäische Bürgerinitiative gegen das TTIP. Wir werden weiter Druck machen!

### Gülle, Nitrate, Gewässerschutz

**E**inmal mehr war auch im Jahr 2014 die Verunreinigung des Grundwassers und unserer Oberflächengewässer durch unsachgemäße und viel zu starke Gülleausbringung ein heiß diskutiertes Thema. Ein Drittel der Grundwasserkörper in NRW ist mit Blick auf die Nitratbelastung in einem schlechten Zustand. Während die landwirtschaftliche Fläche in NRW leicht rückläufig ist, stieg die Zahl der in NRW gehaltenen Tiere und damit die Menge an tierischen Ausscheidungen weiter an. Die Folge ist ein Gülle- und Trockenkot-Tourismus quer durchs Land, ergänzt durch Importe aus den Niederlanden. Regelmäßig gehen beim BUND Anfragen und Beschwerden aus der Bevölkerung ein, die dieser Entwicklung ohnmächtig gegenüber stehen. Verlängerte Sperrzeiten für die Gülleausbringung, andere Ausbringungstechniken, größere Güllelager und mehr mögen sinnvolle Einzelmaßnahmen sein, den Eintrag von Nitraten und Gerüche zu vermindern, das Hauptproblem – der große Nährstoffüberschuss durch den viel zu hohen Tierbestand – wird damit nicht gelöst. Wenige Tiere und eine extensivere Haltung täten somit auch dem Gewässerschutz gut! Auch als wichtiger Akteur im Wassernetz NRW, einem gemeinsamen Projekt der Naturschutzverbände in NRW, setzt sich der BUND an vielen Stellen dafür ein, dass Land und Kommunen konsequenter für eine gewässerverträgliche Landwirtschaft handeln.

➔ [www.bund-nrw.de/themen\\_und\\_projekte/landwirtschaft\\_gentechnik](http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/landwirtschaft_gentechnik)





## Obstwiesenschutz im BUND

Von der niederländischen Grenze bis hin nach Ostwestfalen engagieren sich BUND-Gruppen in NRW im Streuobstwiesenschutz. Sie legen neue Obstwiesen an und pflanzen in alten Beständen junge Bäume nach; sie schneiden die Gehölze fachgerecht und ‚erziehen‘ sie beim Kronenaufbau; sie schützen die Bäume vor Verbiss, halten Baumscheiben offen, mähen die Wiesen oder lassen sie mit Schafen beweidet. Es gibt immer etwas zu tun! Sie kartieren Obstwiesen und erarbeiten Vorschläge, um die Flächen langfristig zu erhalten, bieten Schnittkurse und Führungen an.

Herausragend sind die vielen Saftprojekte: Die BUND-Aktiven sammeln Jahr für Jahr tonnenweise Streuobststapel und richten zur Erntezeit Sammelstellen ein; dabei belohnen sie die Obstwiesenbesitzer\*innen mit einem höheren Preis als allgemein üblich und lassen deren Früchte zu naturtrübem Saft vermosten.

Die Arbeit macht Freude und zeigt Erfolge! Zahlreiche Obstwiesen konnten erhalten werden – und damit wertvoller Lebensraum für viele Tierarten. Insbesondere Vögel, Käfer, Schmetterlinge und Kleinsäuger profitieren von dem reichhaltigen Angebot an Höhlen, Blüten und herabfallenden Früchten. Das Bewusstsein für die vielen altbewährten regionalen Obstsorten wird gestärkt.

### Sie möchten selber Obstbäume pflanzen?

Eine Übersicht über die BUND-Streuobstprojekte in NRW finden Sie unter [www.bund-nrw.de/obstwiesenschutz](http://www.bund-nrw.de/obstwiesenschutz)

# Umweltstandards sichern

## Freihandelsabkommen untergraben Demokratie und Umweltschutz.

**T**IP – hinter diesen vier Buchstaben verbirgt sich die „Transatlantic Trade and Investment Partnership“, das geplante Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA. Wirtschaftsliberale auf beiden Seiten versprechen sich von diesem Abkommen Wachstum, Jobs und Wohlstand. Der BUND ist kritisch: Wir warnen vor einer Aufweichung von Umwelt- und Verbraucherschutzstandards und einer Aushöhlung demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien zugunsten multinational agierender Unternehmen. Obwohl eine Mehrheit der Bevölkerung unsere Position teilt, hält die politische Mehrheit an den Freihandelsabkommen fest. Aber auch sonst sind wir noch weit von einer Ökologisierung von Wirtschaft und Industrie entfernt.

### Die sogenannten „Freihandelsabkommen“

**W**eitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit und den Medien ist das kanadisch-europäische „Freihandelsabkommen“ CETA im Berichtsjahr ausverhandelt worden. Gemeinsam mit mehr als 80 nationalen und über 200 internationalen Gruppen und Initiativen hat der BUND vor allem zunächst gegen das viel größere Abkommen TTIP zwischen den USA und der EU gekämpft. Er war maßgeblich beteiligt an der Gründung der „Europäischen Bürgerinitiative“ (auch wenn diese von der EU-Kommission zunächst nicht anerkannt worden ist) gegen diese „Freihandelsabkommen“ und hat in hohem Maße dazu beigetragen, dass Ende 2014 bereits mehr als 1,3 Millionen Unterschriften zusammen gekommen sind.

In zahlreichen Veranstaltungen in ganz NRW konnten die gravierenden Auswirkungen dieser Abkommen – nicht nur auf den Umweltschutz – gegenüber der Bevölkerung, der Politik und den „eigenen“ Multiplikatoren verdeutlicht werden. BUND-Gruppen waren an etlichen Stellen beteiligt an lokalen Demonstrationen und an der Einbringung von Bürgeranträgen – zuletzt in der Landeshauptstadt Düsseldorf. Kopfstark vertreten waren die „NRW'ler“ auch an der großen Demonstration in Berlin am 18. Januar, die sich neben der Agrarpolitik verstärkt auch den „Freihandelsabkommen“ widmete.

Bei der Befassung mit dieser Thematik wurden die Erinnerungen wach an die heftigen Auseinandersetzungen um das „MAI“ (multilaterales Investitionsabkommen) 1997/98.

Wie schrieb vor kurzem der berliner „Tagesspiegel“ so schön zu TTIP: „Die Geburt eines Monsters“.



Foto: M. Heringer

### PCB-Eier in Kamp-Lintfort

**S**eit Jahren fordert der BUND die Schließung der Skandaldeponie Eyller Berg in Kamp-Lintfort. Diese Forderung bekam in 2014 neue Nahrung: Eine Hühner-Ei-Beprobung auf chlororganische Giftstoffe im Umfeld der Deponie belegte unzulässig hohe Dioxin-, Furan- und PCB-Konzentrationen. Für den BUND-Landesarbeitskreis Technischer Umweltschutz ein klarer Beleg für die These, dass von den Staubabwehungen und damit Bodeneinträgen der Giftmülldeponie Gesundheitsgefahren ausgehen. Die Probe-Ergebnisse wurden den zuständigen Behörden und der Staatsanwaltschaft zur Verfügung gestellt. Zusammen mit der örtlichen Bürgerinitiative kämpft der BUND weiter dafür, dass auf der Deponie Eyller Berg keine giftigen Abfälle mehr angenommen werden und sie sofort geschlossen, gesichert und rekultiviert wird.

[www.bund-nrw.de/abfall](http://www.bund-nrw.de/abfall)

## Shell weiter auf dem Prüfstand

Am 25. Februar 2012 waren in der Wesseling Shell-Raffinerie Unregelmäßigkeiten in der Füllstandsbe-  
 wegung eines Flugbenzin-Tanks bemerkt worden. Doch erst am 30. Mai gab Shell bekannt, dass zuvor etwa 1  
 Millionen Liter Kerosin durch eine defekte Leitung in  
 den Boden geströmt waren. Dieser Skandal war der vor-  
 läufige Höhepunkt einer Kette von  
 Störfällen in den Shell-Raffinerien  
 im Kölner Süden. Für die Anwohner  
 ist die Shell damit in den letzten  
 Jahren zum Chemie-Alptraum der  
 Region geworden. Seit 2011 sitzt der  
 BUND der Firma im Nacken, um die  
 Missstände abzustellen. Durch zahl-  
 reiche Anfragen, Stellungnahmen,  
 politische Forderungen und intensi-  
 ve Öffentlichkeitsarbeit hat der  
 BUND erheblich dazu beigetragen,  
 dass Versäumnisse der Betreiber und  
 Aufsichtsbehörden aufgedeckt wur-  
 den.

Auch Shell selbst scheint erkannt  
 zu haben, dass es so nicht weiter gehen kann. Die Fir-  
 ma kommuniziert offener und ist zu erheblichen Inves-  
 titionen in die Sicherheit der Anlagen bereit ist. Shell  
 beteiligte letztlich sogar den BUND bei der Überprüfung  
 des Sicherheitsmanagements. Trotzdem wird uns der  
 „Kerosinsee“ wohl noch lange beschäftigen. Trotz be-  
 gonnener Sanierung wabern noch immer ca. 700.000 Li-  
 ter Flugbenzin im Untergrund herum. Es ist zu befürch-  
 ten, dass noch in Jahrzehnten Kerosin in Boden und  
 Grundwasser nachweisbar sein wird. Das Grundwasser  
 im Köln Bonner Raum bleibt also auf lange Sicht groß-  
 flächig gefährdet. Der BUND bleibt dran!

➔ [www.bund-nrw.de/shell](http://www.bund-nrw.de/shell)

## BUND-Handy-Sammlung

Nach aktuellen Studien liegen derzeit etwa 100 Milli-  
 onen ungenutzte Mobiltelefone in deutschen Haus-  
 halten, Tendenz steigend. Jedes dieser Mobiltelefone  
 enthält wertvolle und teils sehr seltene Rohstoffe, die  
 recycelt werden können. Gold, Silber, Palladium und an-  
 dere Metalle können so wiedergewonnen und erneut in  
 den Wirtschaftskreislauf eingebracht werden. Das Recy-  
 cling ist aber nicht nur angesichts des Rohstoffabbaus  
 und dessen erheblicher Eingriffe in Natur und Umwelt  
 sinnvoll. Auch im Hinblick auf die ausbeuterischen Ar-  
 beitsbedingungen und häufige lokale Konflikte um die  
 wertvollen Rohstoffe ist das Recycling sinnvoll.

Daher hat der BUND in Partnerschaft mit Mobile-Box  
 – einem von zwei Kölner Studenten und BUND-Mitglie-  
 dern gegründetem Unternehmen – in 2014 ein Projekt  
 zum Sammeln und Recyceln von Handys gestartet. Im  
 Rahmen des Projektes wird auch auf die noch zu wenig  
 bekannte Gesundheitsgefährdung hingewiesen, die von  
 der elektromagnetischen Strahlung der Mobiltelefone  
 ausgehen kann.

Etwa 20 Orts- und Kreisgruppen machen bereits mit.  
 Die zurückgenommenen Geräte werden bei dem zerti-  
 fizierten Recycling-Unternehmen erstbehandelt und  
 nach einer vollständigen Datenlöschung stofflich ver-  
 wertet – also recycelt und dem Rohstoffkreislauf wie-  
 der zugefügt. Sollten unter den zurückgenommenen  
 Handys vollfunktionsfähige und aktuelle Modelle wie  
 Smartphones sein, werden diese innerhalb Deutschlands  
 wieder in Umlauf gebracht – dies entspricht einem der  
 zentralen Grundsätze des Kreislaufwirtschaftsgesetzes  
 „Wiederverwendung vor Verwertung“. 50 Prozent der  
 Erlöse werden an die sammelnde BUND-Gruppe gespen-  
 det, die übrigen 50 Prozent werden für die Durchfüh-  
 rung und Organisation der Rücknahme benötigt.

➔ [www.mobile-box.eu](http://www.mobile-box.eu)



Auch die BUND-Ortsgruppe  
 Soest hilft, Ressourcen zu  
 schonen, und macht beim Pro-  
 jekt Handy-Sammlung mit.

Foto: J. Niggemeier, Soester Anzeiger

# Verkehrspolitisch umsteuern

## Verkehr verkehrt – noch immer wird neu gebaut, betoniert, zerstört.

**D**er zunehmende Verkehr bedroht über Lärm und Schadstoffimmissionen nicht nur die Gesundheit der Menschen, auch für den Erhalt der Biodiversität und den Freiflächenschutz ist er ein großes Problem. Trotzdem stehen intelligente Verkehrs- und Logistikkonzepte kaum auf der Agenda der Politiker\*innen. Dabei muss die Ära des Straßenneubaus endlich beendet werden. Auch angesichts des Verfalls der bestehenden Infrastruktur ist ein Umsteuern zwingend erforderlich. Der BUND setzt sich dafür auf allen Ebenen ein.

### Licht und Schatten in NRW

**E**rstmal konnten auch die Umweltverbände im Rahmen der Aufstellung des nächsten Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2015–2030 Alternativvorschläge einreichen. Der BUND nutzte diese Möglichkeit und speiste umweltfreundliche Alternativen zu etlichen Projekten ein. Mit Erfolg! Auch wurde die „Wunschliste“ der Regionalräte mit ursprünglich 359 Projekten um knapp ein Drittel gekürzt. Dennoch ist eine nachhaltige Verkehrsinfrastrukturplanung noch nicht in Sicht.

Für vorbildlich hält der BUND das Vorgehen bei dem umstrittenen A 46-Neubau im Sauerland. Landesverkehrsminister Groschek richtete dort einen Runden Tisch mit allen Befürwortern und Gegnern ein. Drei Varianten wurden zur BVWP-Bewertung angemeldet, darunter eine bestandsorientierte „regionale Netzlösung“ des BUND.

Leider handelt es sich beim BVWP aber immer noch vorwiegend um einen reinen Straßenbauplan. Zudem sind etliche ökologisch höchst fragwürdige Planungen immer noch in der endgültigen Landesmeldung enthalten. Dazu gehörten zum Beispiel die B 65 Lübbecke-Minden und die B 239 Lage/Bad Salzuflen. Ausgesprochen negativ zu bewerten ist auch die geplante A 553 Rheinquerung Godorf-Köln/Lind. Angemeldet wurde vom Land auch der Ausbau der B 224 zur A 52 in Bottrop zwischen A 2 und A 42, obwohl hier bereits die Schadstoffgrenzwerte für Feinstaub und Stickoxid



Foto: D. Jansen

überschritten sind. Für ebenso überflüssig wie schädlich hält der BUND auch den geplanten Lückenschluss der A 1 in der Eifel und die A 445 Werl/Nord-Hamm/Rhynern. Zu beiden Projekten hatte der BUND ebenfalls Alternativvorschläge eingereicht. Einige vom BUND kritisierte Projekte wie die B 476 Ortsumfahrung Sassenberg oder die B 229 Ortsumfahrung Langenfeld wurden wiederum bereits im September 2013 aufgegeben.

Jetzt ist die Bundesregierung am Zug.

➔ [www.bund-nrw.de/verkehr](http://www.bund-nrw.de/verkehr)

### B 474n: BUND-Erfolg vor dem Bundesverwaltungsgericht

Das Verfahren des BUND gegen das Land Nordrhein-Westfalen wegen der fernstraßenrechtlichen Planfeststellung für den Neubau der B 474n (Ortsumgehung Datteln) geht in eine weitere Runde. Das Bundesverwaltungsgericht hat Anfang 2014 die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Münster vom 18. Januar 2013 aufgehoben und zur erneuten Verhandlung an das OVG zurück verwiesen. Damit hat sich der BUND mit seiner Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision gegen das Urteil durchgesetzt. Das Bundesverwaltungsgericht beanstandete, dass das Recht des BUND auf rechtliches Gehör verletzt worden sei, weil der ausführliche Vortrag des Umweltverbandes zu den artenschutzrechtlichen Verboten der Tötung geschützter Arten und des Verbots der Zerstörung von Lebens- und Ruhestätten vom Gericht weder hinreichend zu Kenntnis genommen noch gewürdigt worden waren.



Foto: D. Jansen

## Hafenalarm in Düsseldorf

Die Binnenschifffahrt gilt allgemein als umweltfreundlicher als der Lkw-Verkehr. Manch Politiker sieht im Ausbau dieses Verkehrsträgers gar die Lösung der durch die anschwellenden Güterverkehrs-Lawine verursachten Probleme. Doch stimmt dies überhaupt? Das Beispiel der Hafenausbaupläne im Düsseldorfer Süden sorgt jedenfalls für Ernüchterung.

Dort sollen der seit über 100 Jahren genutzte Reisholzer Hafen und die teilweise brachliegenden Industrieflächen in der Umgebung zu einem multimodalen Mehrzweckhafen erweitert werden. Die Projektidee umfasst ein Gebiet von circa 56 Hektar Größe. Der Hafen soll einen aktiven Beitrag zur Verlagerung von Güterverkehr weg von der Straße hin zu Bahn und Binnenschiff leisten, so die Planer. Doch die Nachbarschaft läuft Sturm gegen die Pläne. Die AnwohnerInnen kritisieren die befürchtete Lärm- und Lichtbelastung durch den Hafenbetrieb und den landseitigen Zusatzverkehr, der trotz der Verlautbarungen überwiegend über die Straße abgewickelt würde.

Auch der BUND sieht die Planung kritisch und fordert einen objektiven Bedarfsnachweis. Noch fehlt ein überregionales Hafenkonzept mit dem Effekt, dass allerorten (Reisholz, Godorf, Krefeld) wild drauflos geplant wird. Auch müssen die Schiffsmotoren deutlich sauberer werden, denn noch immer ist zum Beispiel die Stickoxid-Belastung entlang der Wasserstraßen ähnlich hoch wie entlang der Autobahnen.



Auch wenn für den Hafen Reisholz kaum ein weiterer Flächenverbrauch erforderlich ist, ist die Planung aus ökologischer Sicht nicht unproblematisch. Wegen der auf der Fläche vorkommenden streng geschützten Zauneidechse müsste eine mit dem Artenschutz zu vereinbarende Lösung gefunden werden. Noch problematischer scheinen aber mögliche Beeinträchtigungen im unmittelbaren Umfeld zu sein. Denn dort befinden sich mit den FFH-Gebieten Urdenbacher Kämme / Kirberger Loch / Zonser Grind wichtige Rückzugsräume der Natur. Diese temporär vom Rhein überfluteten Auenlandschaften sind zusammen mit den Fischschutzzonen im Rhein ein bedeutendes Verbundzentrum im Korridor zwischen Niederrhein und Mittelrhein.

Und genau diese Schutzgebiete drohen durch die Pläne der Landesregierung zur Vertiefung der Fahrrinne des Rheins zwischen Duisburg und Köln auf einheitlich 2,80 Meter unzulässig beeinträchtigt zu werden. Besonders problematisch: Künstliche Sohlvertiefungen führen zum Absinken des Rheinwasserstandes. Dies kann langfristig zu dauerhaften Schäden und Veränderungen der Feuchtgebiete führen. Ferner sind direkte Schädigungen der amphibischen und aquatischen Biotope durch den Ausbau der vorhandenen Fahrrinne, die begleitenden Baumaßnahmen, sowie die Strombau- und Verbringungsmaßnahmen vorprogrammiert. Nach BUND-Ansicht stellt dies einen Verstoß gegen das Verschlechterungsverbot der EU-Wasserrahmenrichtlinie dar.

➔ [www.bund-nrw.de/reisholzer\\_hafen](http://www.bund-nrw.de/reisholzer_hafen)

# Bildung im und durch den BUND

## Vom Upcycling, zu Wildbienen bis zur Projektförderung.

Mit der in 2013 gestarteten Kampagne „Bildungsoffensive BUND“ haben wir die Bildungsarbeit und Qualifizierung von Ehrenamtlichen vor Ort massiv ausgebaut. Das durch die Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen (SUE) geförderte Projekt unterstützt langjährige und neue BUND-Aktive dabei, erlebnisreiche Exkursionen, Kinder- und Familienangebote sowie Bildungsangebote für Schulen und Kindergärten zu entwickeln und durchzuführen.

### Der BUND auf dem Heldenmarkt

Beim Heldenmarkt, der Messe für nachhaltigen Konsum in Bochum, präsentierte der BUND vom 21.–23. März viele erprobte Beispiele und gute Möglichkeiten, um eine nachhaltige Entwicklung zu fördern. Egal, ob als reine KonsumentInnen oder als MitstreiterInnen für eine zukunftsfähigere Politik und nachhaltiges Wirtschaften. Auch ganz praktisch probierten über 100 Standbesucher\*innen bei der Upcycling-Mitmach-Aktion selber aus, wie aus vermeintlichem Abfall ganz einfach Neues, Praktisches und Schönes entstehen kann. Aus Tetrapacks wurden Geldbörsen und Flechtkörbe gebastelt und aus Plastikflaschen entstanden Beete für das eigene Küchenfenster. Organisiert und betreut wurde der Stand gemeinsam vom BUND Bochum, dem Landesarbeitskreis Klimawandel und nachhaltige Entwicklung sowie der Bildungsoffensive BUND.

Auch die anderen Best-Practice-Beispiele, wie etwa die Mini-Ausstellung „Gift im Spielzeug“, die Pflanzentauschbörse oder das Kinomatinee, werden gerne eingesetzt.

### BUND-interne Seminare für Gruppen und Aktive

Nachdem der BUND in den letzten Jahren sein Bildungsprogramm mit der Bildungsoffensive BUND und in Zusammenarbeit mit Partnern wie der Natur-

### Der Wildbienen-Aktionsstand im Einsatz

Der BUND lebt von seinen vielen aktiven Mitstreitenden, die nicht müde werden, neue Formen auszuprobieren, um ihre Mitmenschen für Natur-, Umwelt- und Klimaschutzthemen zu begeistern und umweltfreundliches Handeln zu fördern. Die Bildungsoffensive BUND sammelt diese vielen guten Ideen und fasst sie für alle Mitglieder abrufbar als Best-Practice-Beispiele zusammen: Es braucht nicht jede/r das Rad neu zu erfinden. Eine besonders beliebte Idee in 2014 war der Wildbienen-Aktionsstand, der von mehr als einem Dutzend Gruppen für ihre Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt wurde. Dieser informiert interessierte BürgerInnen über die Bedeutung der Wildbienen, ihre Lebensweise und zeigt auf, welchen Gefahren die Wildbienen täglich ausgesetzt sind. Er zeigt, wie jeder Einzelne mit einfachen Mitteln und geringem Aufwand zum Wohl der Wildbienen im alltäglichen Leben beitragen kann. Der Wildbienen-Infostand informiert, erzeugt spielerisch Verständnis, gibt Tipps und aktiviert.



Fotos: BUNDjugend

und Umweltschutz-Akademie NRW (NUA) kontinuierlich ausgebaut hat, setzt er seit 2014 verstärkt auf die Weiterentwicklung der Aktivenqualifizierung. Neben strategischen Sonderveranstaltungen zu BUND-Debatten („Windkraft“, „Jagd“), einem breit gestreuten Angebot im Bereich Umweltbildung und Schulungen zum Beispiel zum „BUND-CMS“, gab es in 2014 zwei Seminare, die sich dem Thema „Finanzmittelakquise für Gruppen“ gewidmet haben. Die bewährten Formate werden fortgesetzt und um weitere Seminare ergänzt, um die handwerklichen, methodischen und kommunikativen Kompetenzen der ehrenamtlichen Aktiven zu stärken. Mehr Informationen erhalten Sie bei der Bildungsoffensive BUND.

➔ [www.bund-nrw.de/bildungsoffensive](http://www.bund-nrw.de/bildungsoffensive)



Foto: D.Jansen

## 30 Jahre BUNDjugend NRW

### Skill-Sharing-Camp „MASTAMO der BUNDjugend – machen statt motzen!“

Das Teilen von Wissen und Fähigkeiten sowie Selbstorganisation standen im Mittelpunkt beim Sommercamp der BUNDjugend, das vom 19. – 22. Juni 2014 auf einem kooperierenden Lernbauernhof in Dortmund stattfand. Die Idee: jede\*r kann bestimmte Dinge und hat die Möglichkeit, dieses Wissen mit anderen zu teilen. Ob Imkern mit Bienen, Wollverarbeitung, Wein keltern, Stockkampf, Wildkräuterwandern, die Herstellung veganer Aufstriche oder Lebensmittelretten auf dem Markt – die Inhalte entstanden spontan vor Ort durch die Teilnehmenden selbst. Neben dem vielfältigen und freien Programm waren die selbstorganisierte Camporga und die nachhaltige Infrastruktur mit eigens dafür gebauten Kompostklos und Solarduschen wesentliche Bestandteile des Camps. Das Highlight von MASTAMO! war die Sommerparty am Samstag: 30 Jahre BUNDjugend NRW wurden bei schönstem Wetter mit vielen neu eintrudelnden Gästen, einem fantastischen veganen Buffet, einer bunten Open-Stage und vielen aktuellen und ehemaligen Aktiven gefeiert und bis zum Morgengrauen und den ersten Hahnenschreien getanz.

### Neue BUNDjugend Gruppe in Hagen

Und Action – Videoworkshop für Umweltschützer\*innen“ hieß es im November 2014 in Hagen. Bei dem zweitägigen Workshop für Jugendliche ging es darum, zu erlernen,

wie mittels Neuer Medien Themen des Natur- und Umweltschutzes aufgearbeitet werden können. Die Schwerpunkte bildeten das Erlernen von Videodreh- und Schnitttechnik sowie journalistisches Knowhow und rechtliche Rahmenbedingungen. Zusammen kam eine Gruppe hochmotivierter Jugendlicher, die ihre erlernten Fähigkeiten bei einer Geocaching-Tour zum Thema „Wie entscheidest du?“ mit Fragen zum kritischen Konsum einsetzten, Interviews führten, eifrig filmten und dabei sind, das Material zielgruppengerecht umzusetzen. Aus dieser Gruppe entstand eine neue BUNDjugend Gruppe, die sich seitdem regelmäßig donnerstags (vierzehntäglich) trifft. Aktuell ist die Jugendgruppe dabei, die Ergebnisse zur Tour nachzuarbeiten und zusammenzufassen.

➔ [www.bundjugend-nrw.de](http://www.bundjugend-nrw.de)



Foto: BUNDjugend

# Mitmachverband BUND

**Eigenständig, basisdemokratisch, aktiv.**

**D**er BUND ist ein Mitmachverband für alle, die im Umwelt- und Naturschutz aktiv werden möchten: Mit handwerklich-praktischem Geschick, mit Fachwissen und fundierten Stellungnahmen, mit Freude an griffigen Formulierungen beim Erstellen von Presseinformationen, Faltblättern oder Newslettern, als Webmaster\*in, Exkursionsführer\*in, Kassenwart\*in, bei der Leitung von Kinder- und Jugendgruppen oder der Organisation öffentlichkeitswirksamer Aktionen, im persönlichen Gespräch am Info-Stand und in anderer Weise. Die Bandbreite des Engagements der BUND-Aktiven ist groß. Ehrenamtlich, unabhängig und oft mit großer Beharrlichkeit leisten sie Tag für Tag einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Umwelt.



Welche Themen vor Ort konkret angegangen werden und wo und wie BUND-Aktive sich einmischen, entscheiden diese eigenständig und basisdemokratisch in Mitgliederversammlungen und Aktiven-Treffen. Gleiches gilt für unsere Arbeitskreise und Projekte, in denen sich Interessierte auch überregional zusammenschließen. Hierbei werden sie vom BUND-Landesverband und -Bundesverband tatkräftig unterstützt. Auf diese Weise ist über die Jahre hinweg ein starkes und schlagkräftiges Netzwerk gewachsen – ganz wesentlich ermöglicht durch unsere mehr als 24.300 Mitglieder in Nordrhein-Westfalen und viele weitere, die unsere Arbeit mit ihren Spenden unterstützen.

Mit zahlreichen Kreis- und Ortsgruppen und Projekten ist der BUND fast flächendeckend in Nordrhein-Westfalen vertreten. Im Jahr 2014 wurden weitere BUND-Gruppen gegründet bzw. reaktiviert, so unter anderem in Langenfeld, Soest/Welver und im Kreis Lippe. In Hagen entstand eine neue BUNDjugend-Gruppe. Andere Gruppen feierten Jubiläen, so zum Beispiel wurde die Kreisgruppe Unna 30 Jahre alt, die Ortsgruppe Lippstadt-Erwitte blickte auf 25 Jahre zurück. Im BUND-Naturerlebnispark Herten, dem ehemaligen Zechengelände von Schlägel & Eisen, feierte die BUND Ortsgruppe Herten am 23. Mai 2014 mit rund 100 Gästen und Freunden ihren 30. Geburtstag.

Der BUND ist sicherlich auch in Ihrer Nähe. Machen Sie mit?

[www.bund-nrw.de/ueber\\_uns/bund\\_gruppen/](http://www.bund-nrw.de/ueber_uns/bund_gruppen/)



## Viele gute Gründe... Bundesfreiwilligendienst im BUND NRW

**B**eim BUND in Nordrhein-Westfalen besteht die Möglichkeit, sich im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes (BFD) für eine bestimmte Zeit zu engagieren. Ob sechs, 12 oder 18 Monate, ob Teilzeit oder Vollzeit: Neben dem Einsatz für unsere Umwelt bietet er vielen die Chance, neue persönliche und berufliche Erfahrungen zu sammeln, sich neu zu orientieren, Überbrückungszeiten zum Beispiel vor dem Studium sinnstiftend zu nutzen oder nach der Mutterpause wieder langsam in einen berufsähnlichen Rhythmus einzusteigen. Dies alles ist in der BUND-Landesgeschäftsstelle in Düsseldorf, der BUNDjugend-Geschäftsstelle in Soest und bei einigen BUND-Gruppen vor Ort möglich. Die Erfahrungen sind bisher für alle Beteiligten erfreulich positiv – deshalb: ‚Bufdis‘ willkommen!

[www.bund-nrw.de/ueber\\_uns/jobs/bundesfreiwilligendienst](http://www.bund-nrw.de/ueber_uns/jobs/bundesfreiwilligendienst)

# Unabhängig. Auch finanziell.

Politische Unabhängigkeit setzt Unabhängigkeit im finanziellen Bereich voraus. Die klare politische Linie des BUND in Nordrhein-Westfalen ist nur möglich, weil der Landesverband keine institutionelle Förderung erhält und auf zweifelhafte Spenden verzichtet. Basis der Einnahmen des BUND-Landesverbandes sind die Beiträge der mehr als 24.300 Mitglieder in NRW. Lediglich das in der Rechtsform einer GbR organisierte und damit selbstständige Landesbüro der Naturschutzverbände in Oberhausen – Träger der GbR sind neben dem BUND die LNU und der NABU – erhält regelmäßige direkte Zuweisungen aus dem Landeshaushalt.

## Woher kommen die BUND-Mittel?

Der BUND Landesverband NRW konnte im Jahr 2014 seine solide finanzielle Basis weiter stärken.

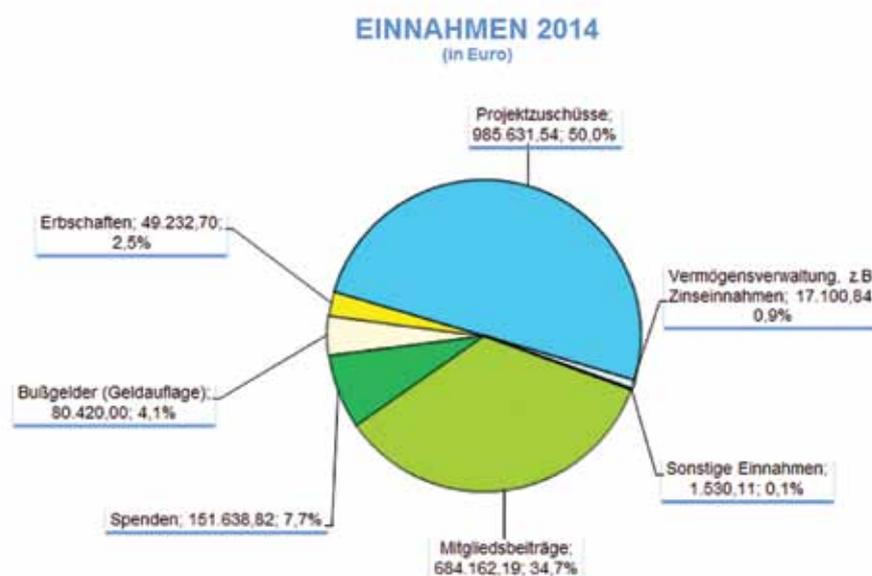
Die verlässlichste Unterstützung erhielt er mit rund EUR 684.100 über die Beiträge seiner Mitglieder. Dies ist die eigentliche Basis für zukunftsorientierte Natur- und Umweltschutzarbeit auf hohem fachlichem Niveau, kontinuierliche qualifizierte Öffentlichkeitsarbeit und die Realisierung innovativer Projekte.

Die Spendeneinnahmen lagen im Jahr 2014 etwas höher als geplant. Auch die Bußgelder lagen dagegen aufgrund einer größeren Einzelzuweisung deutlich oberhalb des Vorjahres. Der Landesverband erhielt auch wieder Einnahmen aus Erbschaften.

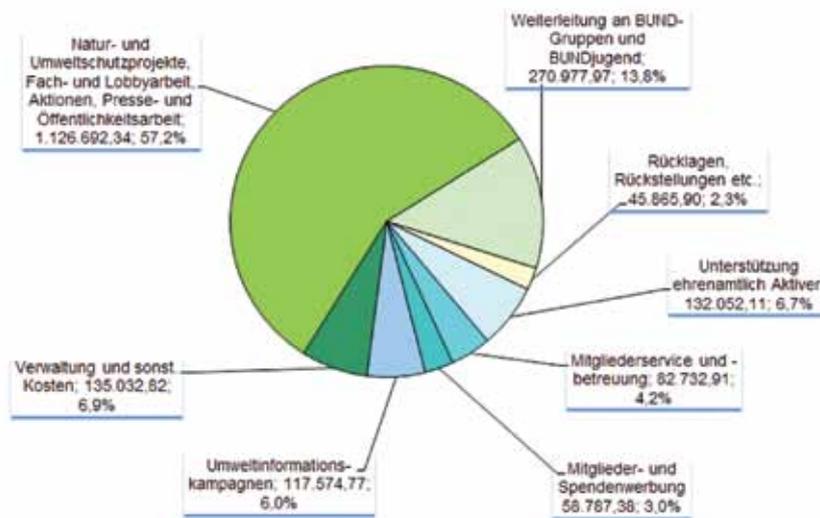
Die Projektzuschüssen resultierten im Wesentlichen aus Förderungen, die der BUND NRW für seine Projekte „Wassernetz Plus“ und „Wildkatzensprung“, für eine

große Anzahl von dezentralen Projekte und Verbandsklagen der Kreis- und Ortsgruppen sowie für diverse Seminare beantragt und erhalten hat. Förderinstitutionen für Natur- und Umweltschutzprojekte waren das Bundesministerium für Naturschutz, das NRW-Umweltministerium, die Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen (SUE), die Natur- und Umweltschutzakademie NRW (NUA) sowie einige kleinere Stiftungen und Organisationen.

Die Einnahmen aus Vermögensverwaltung sind überwiegend Zinseinnahmen, zum Beispiel aus der Beteiligung an Photovoltaikanlagen. Gemeinsam mit seinen Kreisgruppen legt der Landesverband seine Mittel zu einem Teil in Form von Beteiligungen an vorbildlichen Projekten (Upländer Bauernmolkerei, Märkischer Landmarkt oder der internationalen Genossenschaft fairPlanet) an und unterstützt damit diese Projekte.



## AUSGABEN 2014 (in Euro)



### Wofür der BUND seine Mittel einsetzt

Mehr als 1,1 Million Euro flossen 2014 unmittelbar in Natur- und Umweltschutzprojekte, Fach- und Lobbyarbeit, Aktionen oder Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Hinzu kamen weitere rund EUR 270.000, die an die BUNDgruppen und BUNDjugend NRW weiter geleitet und dann ebenfalls für umweltpolitische Arbeiten und Naturschutzprojekte vor Ort eingesetzt wurden. Zusammen sind das etwa 71 Prozent der Gesamtausgaben des BUND NRW, die unmittelbar Natur und Umwelt zugutekommen.

Die Unterstützung und Betreuung der zahlreichen ehrenamtlichen Aktiven bei ihren Projekten und Aktivitäten sowie der ehrenamtlichen Gremien, in denen ein Großteil der Facharbeit des Verbandes stattfindet, schlug mit insgesamt etwa EUR 132.000 zu Buche.

Bei den Ausgaben für den Mitgliederservice handelt es sich überwiegend um die Erstellung und den Versand der Mitgliederzeitschrift BUNDmagazin mit dem Einhefter NRW-INFO mit speziellen Informationen aus Nordrhein-Westfalen. Hinzu kommt die Beantwortung vieler fachlicher Anfragen aus der Mitgliedschaft zu diversen Umweltthemen. Für den Mitgliederservice gab der Landesverband rund EUR 82.700 aus.

Für Umweltinformationskampagnen setzte der Landesverband etwa EUR 117.500, für Spenden- und Mitgliederwerbung rund EUR 58.700 ein. Die Rückstellungen und Rücklagen konnten um knapp EUR 45.900 erhöht werden.

Die Kosten für Verwaltung und sonstige Kosten lagen mit 6,9% weiterhin erfreulich niedrig.

### Die BUND NRW Naturschutzstiftung



Die im März 2002 eingerichtete BUND NRW Naturschutzstiftung hat sich im Jahr 2014 darauf konzentriert, die Bewirtschaftung der bereits im Eigentum befindlichen Flächen in Abstimmung mit den betreffenden Aktiven vor Ort zu optimieren und neue Flächenerwerbsprojekte zu planen. Es wurden keine neuen Flächen erworben.

Die Auswahl und Präsentation des Schmetterlings des Jahres erfolgte wieder mit fachlicher Begleitung und in enger Abstimmung mit der Arbeitsgemeinschaft Rheinisch-Westfälischer Lepidopterologen e.V.. Der Schmetterling des Jahres ist ein etablierter Klassiker mit enorm großer Medienresonanz bundesweit.

Bei der Anlage des Stiftungskapitals wurden die Beteiligungen an der Biomolkerei Usseln, der Windkraftanlage Schalksmühle sowie der Genossenschaft fairPla.net in bestehender Form beibehalten. Das Darlehen für die Erweiterung einer Fotovoltaikanlage an den Netz e.V. wurde wie geplant reduziert.

[www.bund-nrw-naturschutzstiftung.de](http://www.bund-nrw-naturschutzstiftung.de)

# Gesichter: Das BUND-Team 2014

Der BUND Landesverband Nordrhein-Westfalen wurde im Jahre 1976 gegründet. Die Anerkennung nach dem Bundesnaturschutzgesetz erhielt der BUND NRW im Jahre 1981. Daraus ergeben sich besondere Beteiligungs- und Klagemöglichkeiten bei Planverfahren, die Natur und Landschaft beeinträchtigen. Der Vorstand des BUND NRW arbeitet rein ehrenamtlich, ebenso wie die Mitglieder der Facharbeitskreise. Ein Team von derzeit etwa zehn hauptamtlichen Mitarbeiter\*innen koordiniert die Arbeit des Landesverbandes, führt Kampagnen durch, managt Projekte und sorgt für eine umfassende Betreuung der Mitglieder und UnterstützerInnen.

## Der BUND-Landesvorstand



*Holger Sticht, Vorsitzender*

*Kerstin Ciesla, stellvertr. Vorsitzende*

*Bernd Meier-Lammering, stellvertr. Vorsitzender*

*Klaus Brunsmeier, Schatzmeister*



### Beisitzer\*innen:

*Dr. Michael Harengerd*

*Notburga Henke*

*Dr. Thomas Krämerkämper*

*Götz Lederer*

*Friedrich Ostendorff*

*Prof. Dieter Schmalz*



➔ [www.bund-nrw.de/ueber\\_uns/vorstand](http://www.bund-nrw.de/ueber_uns/vorstand)



## BUND-Landesarbeitskreise oder Beauftragte gibt es zu den Themen:

- Atom
- Braunkohle
- Energie
- Heimische Orchideen
- Klimawandel & Nachhaltigkeit
- Mobilfunk
- Naturschutz
- Technischer Umweltschutz
- Verkehr, Stadtentwicklung und Flächennutzung
- Umweltbildung
- Wasser





## Die Landesgeschäftsstelle 2014:

Rolf Behrens, *Sekretariat*

Dr. Jochen Behrmann, *Geschäftsleiter Organisation und Verwaltung*

Ralf Bilke, *Agrarreferent/Kreis- und Ortsgruppenbetreuung*

Jan Breuer, *Projekt BUND Bildungsoffensive*

Kristina Grund, *Jahresabschluss, Cash-Management, Haushaltsüberwachung*

Nora Guttmann, *Projekt WASSERNETZ NRW*

Dirk Jansen, *Geschäftsleiter Umwelt- und Naturschutzpolitik, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit*

Mareike Kursawe, *Projekt BUND Bildungsoffensive*

Claudia Reuter, *Büroassistenz*

Christian Schweer *Projekt WASSERNETZ NRW*

Uschi Vennes, *Personalbuchhaltung*

Brigitte Walther, *Projektcontrolling und -buchhaltung*

➔ [www.bund-nrw.de/ueber\\_uns/landesgeschaeftsstelle](http://www.bund-nrw.de/ueber_uns/landesgeschaeftsstelle)



Die Sprecher\*innen der Arbeitskreise und der Beauftragten finden Sie unter [www.bund-nrw.de/ueber\\_uns/arbeitskreise](http://www.bund-nrw.de/ueber_uns/arbeitskreise)





## IMPRESSUM

### Herausgeber:

Bund für Umwelt  
und Naturschutz Deutschland  
Landesverband  
Nordrhein-Westfalen e.V.  
Merowingerstr. 88  
40225 Düsseldorf  
Tel.: 0211/302005-0  
Fax: -26,  
e-Mail: bund.nrw@bund.net

### V.i.S.d.P.:

Holger Sticht,  
Landesvorsitzender

### Redaktion, Text & Layout:

Dirk Jansen

### Beiträge:

Dr. Jochen Behrmann,  
Ralf Bilke,  
Dr. Michael Harengerd  
Mareike Kursawe  
Andrea Schaupp,  
Christian Schweer,  
Holger Sticht

### BUND-Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft  
GmbH Köln  
IBAN: DE26 3702 05000008204700  
BIC: BFSWDE33XXX

**Druck:** TIAMAT, Düsseldorf

Nachdruck oder sonstige  
Verwertung nur mit  
Genehmigung des  
BUND NRW e.V.

### Der BUND im Internet:

[www.bund-nrw.de](http://www.bund-nrw.de)

Düsseldorf, April 2015



Mehr Infos: [www.bund-nrw.de](http://www.bund-nrw.de)